

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 118.

Mittwoch, den 22. Mai 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Militärische Reformen.

I.

Es ist eine tröstliche Überzeugung, daß die große Idee der Sicherung des Völkerfriedens im Zusammenhang mit der Befestigung der stehenden Heere ihre Verwirklichung finden wird. Wenig Zeit bis dahin noch vergehen wird, vermag freilich niemand mit Sicherheit zu sagen, aber kommen wird dieser große Sieg der Vernunft und der Menschlichkeit ganz gewiß.

Der Kampf gegen den Militarismus schließt natürlich nicht aus, gebietet vielmehr geradezu das Bestreben, zunächst wenigstens das herrschende militärische System so weit als möglich zu reformieren, seine schweren Äbel zu mildern, den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Humanität in ihm eine höhere Geltung zu verschaffen.

Die Ansicht, daß solche Reformen vorgenommen werden können und müssen, hat ihre Bekenner auch in den Kreisen bürgerlicher Politiker. Insbesondere bekennen sich ja auch die Liberalen dazu. Aber nur von der Sozialdemokratie läßt sich sagen, daß sie diesen Standpunkt sowohl im Rahmen der Kritik wie durch bestimmte Vorschläge im Parlament stets durchaus konsequent und mit der erforderlichen Energie vertreten hat. Wie sie in diesem Punkte sich von den bürgerlichen Parteien unterscheidet, hat die am 14. Mai im Reichstage beendete zweite Beratung des Etats für die Verwaltung des Reichsheeres abermals gezeigt. Bei dieser Gelegenheit sind wieder viele militärische Reformfragen aufgerollt worden, und zwar zumeist an der Hand von Anträgen und Resolutionen.

Da ist zunächst die Frage der Verkürzung der Dienstzeit. Es ist das eine alte Streitfrage, deren befriedigender Lösung, wie sie der Überzeugung und den Wünschen der erdrückenden Mehrheit des Volkes entsprechen würde, sich bis jetzt die Heeresverwaltung beziehungsweise die Verbündeten Regierungen sowie auch die maßgebenden Parteien widersetzt haben.

Es lagen dazu dem Reichstage zwei Anträge vor. Während die Freisinnigen beschlossen haben wollten, daß „eine Verkürzung der Dienstzeit, entsprechend der besseren geistigen und körperlichen Ausbildung der Jugend, in die Wege zu leiten“ sei, richteten die Sozialdemokraten ihren Antrag direkt auf eine entsprechende Abänderung des Reichsmilitärgesetzes. Danach sollte vom 1. Oktober 1915 ab bezüglich der Dienstpflicht folgende Bestimmung in Kraft treten: „Während der Dauer der Dienstpflicht im stehenden Heere sind die Mannschaften der Kavallerie und reitenden Artillerie die ersten zwei, alle übrigen Mannschaften das erste Jahr zu ununterbrochenem Dienste bei den Fahnen verpflichtet“. Nach den jetzigen Bestimmungen des Reichsmilitärgesetzes haben die Mannschaften der Kavallerie und reitenden Artillerie bekanntlich eine dreijährige, die Mannschaften der Infanterie u. s. w. eine zweijährige Verpflichtung zum ununterbrochenen aktiven Dienst. Die Sozialdemokraten wollten eine unter den obwaltenden Verhältnissen durchaus mögliche Verkürzung der Dienstzeit erreichen und sie sofort gesetzlich festgelegt wissen. Die bürgerliche Linke ist über die Forderung der zweijährigen Dienstzeit niemals hinausgegangen. Diese Dienstzeit ist im Jahre 1893, als die Regierung eine riesige Vermehrung der militärisch auch wirklich auszubildenden Wehrfähigen forderte, eingeführt worden, aber nur für die Fußtruppen. Die verfassungsmäßige dreijährige Dienstzeit wurde aufrecht erhalten; die Regierung lehnte es zunächst ab, die Dienstzeit der Fußtruppen auch gesetzlich dauernd auf zwei Jahre zu beschränken. Die gesetzliche Festlegung erfolgte erst 1905.

Die Sozialdemokratie hat sich allerdings nicht der Hoffnung hingeben können, daß ihr vorerwähnter Antrag Annahme finden werde. Aber immerhin kommt diesem Antrage doch die Bedeutung eines Demonstrationstrages von erheblicher Wichtigkeit zu, insbesondere gegenüber der Tatsache der weiteren Ausgestaltung des Heeres und des stetigen Anwachsens der militärischen Lasten überhaupt. Wer die Gründe, die gegen die Verkürzung der Dienstzeit vorgebracht worden sind, objektiv prüft, wird zugeben müssen, daß sie nicht haltbar sind. Hervorragende militärische Fachleute selbst haben das bestritten und insbesondere auch hervorgehoben, daß die dreijährige Dienstzeit der Mannschaften der Kavallerie und der reitenden Artillerie auch vom Stande des militärischen Interesses aus nicht geboten ist.

Auch bei diesen Truppengattungen können, wie bei den Fußtruppen, junge Leute als Einjährig-Freiwillige Dienst nehmen. Nichts liegt näher als die Erwägung, daß, wenn die Söhne der herrschenden Gesellschaftsklassen in einem Jahre bei allen Truppengattungen ihre militärische Ausbildung erhalten können, eine doppelte und dreifache Dienstzeit für die Söhne des gewöhnlichen Volkes keine Berechtigung hat. Diese stehen jenen an körperlicher und geistiger Tüchtigkeit im allgemeinen ganz gewiß nicht nach. Auch das ist von militärischen Sachverständigen schon oft zugegeben und festgestellt worden, daß unter dem Gesichtspunkt der Tüchtigkeit zur Ausbildung im militärischen Dienst den Söhnen der „besseren und besten Gesellschaft“ eine Bevorzugung rückfichtlich der Dienstzeit gegenüber der Masse der Wehrpflichtigen nicht gebührt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein Tag der Abstimmungen.

Der vorletzte arbeitsreiche Tag vor der Verlagerung brachte noch eine ausführliche Debatte über all die Steuerfragen, die den letzten Reichstagswahlkampf beherrscht haben. Und bei einer der zahlreichen Abstimmungen, die gestern dem Haupte noch auferlegt wurden, kam wenigstens das zum Ausdruck, daß die Mehrheit entgegen der Haltung der Finanzreformparteien, eine direkte Besteuerung, und zwar auf dem Wege der Erbschaftsteuer verlangt. Die Kommission hatte zwei Gesetzesentwürfe vorgelegt, nach denen eine allgemeine, den verschiedenen Besitzformen gerecht werdende Besitzsteuer und ferner — in dem zweiten Gesetzesentwurf — die Erbschaftsteuer vorgesehen wird. Gegen den ersten Vorschlag stimmte unsere Fraktion, weil die Einbringung dieser unbestimmten Besitzsteuer an die Bedingung geknüpft wird, daß die Ermäßigung der Zuckersteuer hinausgeschoben wird. Der zweite Gesetzesentwurf, der die Einbringung der Erbschaftsteuervorlage derart verlangt, daß sie mit dem 1. April 1913 in Kraft treten kann, wurde gegen Zentrum und Rechte mit 184 gegen 169 Stimmen angenommen.

Hätten sich die Nationalliberalen mit dieser zweiten Forderung begnügt, die in ihrer Präzision keine Unklarheit aufkommen läßt, so wäre der Sieg über den Schnapsblock von 1909 unzweifelhaft und klar gewesen. So aber wollten die immer überschlauen Staatsmänner die Beziehungen zum Zentrum nicht auf ewig abbreden und sie hatten sich deshalb mit dem Herrn Erzberger zusammen auf den zuerst genannten Vorschlag geeinigt. Daran ist nicht nur schlecht der soeben angeführte Grund des Zusammenhangs mit der Zuckersteuer, sondern ebenso sehr die Unklarheit der Fassung, die auch in der Tat alle Deutungen zuläßt. Herr Bassermann und sein Parteifreund Roland-Lücke konnten zwar ihrem Antrag und dem Wort von der „allgemeinen Besitzsteuer“ mit samt dem langen Relativsatz den Sinn geben, daß sie darunter nur eine Vermögenssteuer oder eine Erbschaftsteuer verstehen. Aber was nützte das, wenn die anderen Antragsteller und diejenigen, die sich von der Rechten zu ihnen fanden, durch die weitherzigste Interpretation die möglicherweise gedachte Absicht absolut ruinierten. Nach einander erklärten Herr Dr. Spahn, Graf Westarp, Frhr. v. Gamp und der Schatzsekretär, daß man sich unter dieser Besitzsteuer alles mögliche denken kann, neue Salensteuern, Gebühren auf Wertpapiere, ja sogar die Erhöhung der Matrikularbeiträge! So war der Sinn, den im günstigsten Falle Herr Bassermann in den Kompromißantrag hineingelegt haben mochte, doppelt und dreifach getrübt, und der ganze Vorschlag nur noch eine bequeme Ausflucht für die Gegner einer wirklich direkten Reichsbesteuerung. Die Genossen Ledebour und Dr. Südekum brachten diese Auffassung in klaren Worten und mit den schärfsten Argumenten zum Ausdruck, ohne aber die Nationalliberalen zu einer Abkehr zu bringen. Die Rechte und das Zentrum hätten es angesichts dieses Erfolges, den sie der schwachmütigen und unbeholfenen Staatsmännerei der Nationalliberalen verdanken, gar zu gern gesehen, wenn nun der zweite Vorschlag preisgegeben worden wäre. Da aber, in dieser wichtigsten Abstimmung, sprach sich eine immerhin starke Mehrheit klar und ohne Umschweife für die Erbschaftsteuer aus, die vor drei Jahren dem Eigennutz der Reaktion zum Opfer gefallen ist.

Am Abend wurde auch die dritte Lesung der Branntweinsteuervorlage erledigt, die schon in den soeben erwähnten Verhandlungen verschiedentlich erörtert worden war. Genosse Wurm, der die Ablehnung durch unsere Fraktion begründete, sagte noch einmal in prägnanter Weise das Urteil zusammen, das wir über diesen neuen Raubzug der Ritter von der Spirituszentrale fällen, die sich diesmal hinter einer angeblichen Aufhebung der Liebes-

gabe verbergen möchten. In der Spezialdebatte hatten wir nur mit einem Abänderungsantrag Erfolg, da ein Teil des Zentrums gegen die offizielle Parteiparole für uns stimmte.

Auch die Wehrvorlagen, die Anlaß zur Befestigung des Kontingents gewesen sind, erlebten gestern ihre endgültige Annahme, nachdem Genosse Haase noch kurz die Auffassung unserer Fraktion präzisiert hatte. Der Reichskanzler, der bis dahin ausgeharrt hatte, verließ glückstrahlend den Saal, begleitet von komplimentierenden Geheimräten und Staatssekretären. Nun kann der Grafentitel nicht mehr auf sich warten lassen. Im Laufe des Tages waren mehrere Wahlprüfungen behandelt worden. Herr Pauli erlitt zu seinem gestrigen sechzigsten Geburtstag trotz aller Anstrengungen des Zentrums und der Konservativen den Schmerz, daß seine Wahl für ungültig erklärt wurde. Er ist also doch umsonst von Potsdam nach Hagenow geflüchtet! Bei der Erörterung über die Wahl des Grafen v. Oppersdorff kam es zu einer Abstimmung über die Frage, ob geistliche Wahlbeeinflussung ein gültiger Anfechtungsgrund sei. Die Frage wurde mit großer Mehrheit bejaht.

Bei den Petitionen erreichten wir, daß ein Antrag des Genossen Albrecht, über die Petition auf Einführung des kleinen Befähigungsnachweises im Maßschneidergewerbe zur Tagesordnung überzugehen, angenommen wurde. Eine weitere Petition auf Einführung einheitlicher Wahlurnen wurde nach Verteidigung durch den Genossen Dr. Quark einstimmig angenommen. Die Konservativen schämten sich, dagegen zu stimmen. Zu Beginn der Sitzung war der Gesetzentwurf über die Militärfluffahrfürsorge in erster und zweiter Lesung von allen Parteien angenommen worden. Die Genossen Dr. Frank und Bernsteinsprachen sich für unsere Partei zugunsten dieser Regelung aus.

Heute wird der Etat in dritter Lesung erledigt, und der Reichstag wird sich auf den 26. November vertagen.

Die „reaktionäre Affenkomödie“ im preussischen Abgeordnetenhause.

Das Abgeordnetenhaus wiederholte am Dienstag zunächst die namentliche Abstimmung über den grundlegenden Paragraphen des Besitzbefestigungsgesetzes. Die Abstimmung ergab die Annahme gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Fortschrittler, Polen, Dänen und des Zentrums. Der Rest des Gesetzes wurde in zweiter Lesung mit demselben Stimmverhältnis angenommen.

Hierauf beriet das Haus den Antrag auf Genehmigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des „Vorwärts“ wegen Beleidigung, die es in dem Artikel „Eine reaktionäre Affenkomödie“ vom 28. April erlitt. Genosse Ströbel führte aus, daß der Artikel keine Beleidigung des Hauses, sondern nur eine Kritik des Verhaltens der Mehrheit enthalte, die fortgesetzt die schärfsten Beleidigungen gegen die Sozialdemokraten schleudere. Er wies nach, daß die sozialdemokratischen Mitglieder in der bürgerlichen Presse ganz anders beleidigt werden. Aber alles Reden half nichts, die Mehrheit, bestehend aus den beiden konservativen Parteien, dem Zentrum und den Nationalliberalen erteilte die Ermächtigung zur Strafverfolgung.

Mit der gleichen Mehrheit wurde auch die Einleitung des Ermittlungsverfahrens gegen die Genossen Borchardt und Leinert genehmigt. Namens unserer Fraktion führte Genosse Hirsch aus, daß das Recht der Immunität der Abgeordneten nicht angezweifelt werden dürfe. Er wies nach, daß von einem Hausfriedensbruch ebensowenig die Rede sein könne, wie von einem Widerstand gegen die Staatsgewalt, da der Hausrechtsparagraf zweifellos gesetzwidrig sei. Er betonte ferner, daß die Mehrheit des Hauses durch ihre fortgesetzten Provokationen das Niveau auf das denkbar tiefste herabgedrückt habe, und hielt den bürgerlichen Parteien ihr Sündenregister vor Augen. Ganz besonders nahm er sich die Herren vom Zentrum und die Konservativen vor, deren komödiantenhaftes Auftreten bei den Wahlrechtsanträgen dem Ansehen des Hauses weit mehr schade, als die harten Worte der Sozialdemokraten. Von den Nationalliberalen wurde erklärt, daß man nur deshalb dem Antrage zustimme, um eine gerichtliche Entscheidung über die Rechtsgültigkeit des § 64 der Geschäftsordnung zu erzielen. Das Zentrum griff nur deshalb in die Debatte ein, um sich gegen die Angriffe des Genossen Hirsch zu verteidigen, der ihm vorgeworfen hatte, daß es am Montag bei der Abstimmung über die Wahlrechtsanträge Abkommandierungen vorgenommen hat. Der Redner des Zentrums suchte das zu bestreiten, aber die Tatsache konnte er trotzdem nicht aus der Welt schaffen.

Am Schluß der Sitzung genehmigte das Haus in zweiter Lesung den Gesetzentwurf betreffend Zwangsmaßnahmen gegen Arbeitschene und säumige Wehrpflichtige. Gegen die Vorlage erklärten sich Nationalliberale, Fort-

schiller, Bolen und Sozialdemokraten; für letztere sprach die Bank und Hirsch. Beide wiesen das Verfassungswidrige des Gesetzes nach und hoben seinen antisozialen Charakter hervor.

Ein Versuch des Präsidenten, die dritten Lesungen des Gesetzes und des Gesetzes gegen die Arbeitslosen bereits Mittwoch auf die Tagesordnung zu setzen, scheiterte an dem Entschluß der Minderheit, die Geschäftsordnungsmaßregeln fristen einzuhalten. So wird sich das Haus erst Donnerstag darüber schlüssig machen können. — Mittwoch werden kleinere Vorlagen und Initiativentwürfe, darunter der Diätenantrag, beraten.

Laut Verordnung wird das Abgeordnetenhaus am 8. Juni vertagt bis 22. Oktober.

Schwindelhaftes „Terrorismus-Material“.

Die Augsburger Handelskammer beschloß in Verfolg einer Anfrage des deutschen Handelstages einstimmig, sich den Vorschlägen anzuschließen, die darauf abzielen, im Rahmen des gemeinen Rechts die Bestimmungen zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Selbstbestimmungsrechtes zu „verbessern“ und „auszugestalten“.

Zur Begründung dieses Beschlusses wurden angebliche Terrorismusfälle angezogen, die schon im Jahre 1899 und 1906 vorgekommen sind. Ein Fabrikdirektor Clarkmont behauptete, daß anlässlich eines Streiks in seiner Fabrik Arbeitswillige von den Streikposten angespuckt und bedroht, ein Arbeitswilliger aber von den Streikenden vor den Augen der Polizei totgeschlagen worden sei. Der Stadtverwaltung wurde der Vorwurf gemacht, die Organe der Gemeinde, die die Polizeigewalt ausüben, lassen es bei Streiks an der nötigen Festigkeit mangeln. Diesen Vorwurf hat nun der Oberbürgermeister von Augsburg in öffentlicher Sitzung des Stadtmagistrats scharf zurückgewiesen und festgestellt, daß die angeblichen Terrorismusfälle gar nicht existierten. Er legte aktenmäßig dar, daß bei dem fraglichen Streik weder Arbeitswillige angespuckt noch sonst irgendwie belästigt worden sind; die Behauptung, daß ein Arbeitswilliger halb totgeschlagen worden sei, sei direkt aus der Luft gegriffen. Ein Arbeiter sei damals wohl mißhandelt worden, doch hätten die Streikenden nichts damit zu tun, die Anklage müßte vom Staatsanwalt fallen gelassen werden. Die Polizei habe allerdings dem wiederholt gestellten Antrage der Fabrikleitung nicht entsprochen, das Streikpostenstehen vor der Fabrik zu verbieten. In den letzten sechs Jahren seien wegen Verletzungen gegen den § 153 R. G. O. nur 65 Anklagen erhoben worden, in den weitaus meisten Fällen mußte Freisprechung erfolgen, die übrigen Fälle waren so leichter Natur, daß nur ganz geringe Strafen ausgesprochen wurden.

Diese gründliche Abfuhr der industriellen Scharfmacher wird sie freilich nicht hindern, gegebenenfalls ihr „Material“ auch dem Reichstage zur Begründung einer Zucht- hausvorlage vorzulegen.

Ein strammer deutscher Junge.

Für den 9. und 10. Mai hatte der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie nach Berlin eine Sitzung seines Gesamtschusses zusammenberufen, über die jetzt in der Korrespondenz des Reichsverbandes (Nr. 31 vom 14. Mai) ein ausführlicher Bericht vorliegt. Besonders hübsch ist an diesem Bericht das von dem satissam bekannten Herrn Franz Ludwig verfaßte Begrüßungs- „gedicht“, das dieser Herr zur Feier des 8. Geburtstages des Reichsverbandes beigezeichnet hatte. Die Schlusssrophe dieses Poems lautet:

„Geburtsstagskind, oft so besagt,
Von Feindes Lasterjung,
Du lebst noch frisch und unverzagt,
Ein strammer deutscher Junge!
Erstarke, wachse, wirke fort,
Und setze dich zur Wehre,
Sei immerdar ein fester Hort
Im Kampf für Deutschlands Ehre.“

In der Subelstimmung, die sich in dem sogenannten „Gebicht“ ausdrückt, steht der dann unmittelbar folgende politische Jahresbericht, den der freikonservative Landtagsabgeordnete v. Dirksen erstattete, in einem schreienden Widerspruch. Dieser Bericht läßt sich am besten durch das eine Wort: „Rabenjammer“ charakterisieren. Trotzdem der Reichsverband es sonst im letzten Jahre an eifrigster Agitation nicht fehlen ließ, muß Herr v. Dirksen kleinlaut gestehen, daß den „Erscheinungen“ des letzten Wahlkampfes gegenüber „die Arbeit des Reichsverbandes so gut wie machtlos“ war und er fährt fort: „Es ist schwer, . . . der Versuchung nicht zu unterliegen, die Flinte ins Korn zu werfen. . . Das Ergebnis des Wahlkampfes ist das Gegenteil von dem, was der Reichsverband erstrebt hat. . . Ist genug geschrieben treue Freunde, daß sie an der Arbeit des Reichsverbandes zweifelten und infolgedessen rund und nett ihren Austritt erklärten. . . Einige Freunde . . . haben uns geraten, die Arbeit aufzugeben, da bei einer so energielosen Regierung die Arbeit doch nicht helfe.“ Und so fort mit Grazie! Aber trotz alledem will der Reichsverband „nach wie vor zum Angriff blasen, das Bajonett in die Hand nehmen und weiter gegen den Feind kämpfen“. Dieser Feind soll in Zukunft außer der Sozialdemokratie auch die freisinnige Volkspartei sein, die der gute Reichsverband völlig ungerechtfertigterweise „nicht mehr als bürgerliche Partei“ anerkennen erklärt.

Wir unsererseits wünschen dem „strammen deutschen Jungen“ noch viele solche Jahre, wie er soeben eines hinter sich hat.

Der Reichstag auf dem Schießplatz.

Der Kriegsminister hatte zum Montag den Reichstag zu einem Besuch des Schießplatzes in Jüterbog eingeladen. Dieser Einladung waren Mitglieder aller Parteien ziemlich zahlreich gefolgt. Ein Sonderzug der Militäreisenbahn brachte die Besucher nach Jüterbog, wo ein ganzer Fußpark alter und ältester Behälter aufgestellt war, die ein rasches Vorwärtskommen ermöglichen mußten. Der Schießplatz hat — das ist in seinem Zweck begründet —

eine ungeheure Ausdehnung. Gegen die Westseite zu ist ein besonderes Dorf — das sogenannte Zieldorf — aufgebaut, das der lebenden Artillerie als Zielobjekt dienen muß. Sonst steht man weit und breit auf dem hügeligen Gelände nichts als weite Sandwüsten, ab und zu durch kümmerliche Kiefernablagen unterbrochen. Wo der Militarismus sich im Zerstoren löst, hat die Kultur ihr Recht verloren.

Der Boden dröhnte, als die Feuerschlünde der schweren Feldhaubitzen ihre wuchtigen Geschosse hinaus- schickten. 6000—7000 Meter fliegen diese Geschosse, ein kurzes, grelles Aufblitzen, mächtige Rauchwolken ver- kündigen, daß und wo das Projektil aufgeschlagen hat. Zwei stolz sich aufblähende Fesselballons, in weiter Ferne schwebend, dienen u. a. als Zielobjekte. Der eine fiel bald, von den Geschossen getroffen, herab, der andere stieg in die Höhe, das Fesselfeil war durchschossen worden. An der Spitze der tobdringenden Instrumente stehen die Wörfer, große, schwere Geschütze, deren neueste in zwei Teilen gefahren werden müssen. Beide Teile lassen sich mit verblüffender Schnelligkeit zu einem Ganzen vereinen. Die Wirkung dieser Geschosse muß im Ernstfalle eine fürchterliche sein. Die Geschosse, von denen eins auf 200 Mk. zu stehen kommt, wiegen nicht weniger als 2 1/2 Zentner, sie treffen noch auf eine Entfernung von 9000 Metern! Das Schießen der Feldartillerie ist Peitschenknallen gegenüber dem ohrenbetäubenden Dröhnen der schweren Artillerie.

Welche Unsumme menschlichen Scharfsinns und Schaffensgeistes war notwendig, um diese Geschütze, diese Meisterwerke der Technik, bis zu ihrer heutigen Vervoll- kommung zu bringen! In welcher hohem Maße hätte der Menschheit, der Kultur gedient werden können, wenn dieser Scharfsinn und dieser Schaffensgeist auf andere Ge- biete gelenkt worden wäre? Wer diesen Schießübungen beizuhören, der hätte die Überzeugung, daß im Ernstfalle in weitem Umkreise alles in Schutt und Asche ge- schossen werden muß. Umso mehr, als dann nicht nur eine, sondern auch die andere Seite schießt. Der Kriegsminister mag mit berechtigtem Stolz davon geredet haben, daß alles wunderbar geklappt hat, aber dem Freunde des Friedens muß die Notwendigkeit nur noch drastischer klar geworden sein, daß alles aufgegeben werden muß, zu ver- hüten, daß die ehernen Feuerschlünde sich einmal gegen friedliche Wohnstätten arbeitsamer Menschen wenden. Dieses Ziel ist aber nur dadurch zu erreichen, daß der gefährdrohende Militarismus bekämpft wird, bis zu seiner endlichen Überwindung. Von diesem Gedanken waren die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstages befeelt, als die ganz gewiß sehr interessante Vorführung ihr Ende erreicht hatte.

Das Zentrum und die Ostmarkenzulagen.

Das Zentrum des Reichstages beschloß, zur dritten Lesung des Etats der Reichspost- und Telegraphenverwal- tung im Plenum den Antrag zu stellen, daß „aus Billig- keitsgründen“ den mittleren und unteren Postbeamten in der Provinz Posen die Ostmarkenzulage bis zum 31. De- zember 1912 weiterbezahlt werden soll.

Die Reise Dr. Solfs nach Afrika.

Staatssekretär Dr. Solf wird nach berühmten Mustern am 25. Mai eine Studienreise nach Afrika antreten. In vier Monaten gedenkt der Chef des Reichskolonialamtes Deutsch-Südwestafrika und Deutsch-Ostafrika bereist zu haben und wieder nach Berlin zurückgekehrt zu sein, um glänzende Schilderungen von Land und Leuten in unsern herrlichen Kolonien geben zu können.

Militär-Luftfahrtsfürsorgegesetz.

Dem Reichstag ist noch unmittelbar vor Vorlesung das in der Budgetkommission bereits angekündigte Gesetz zu- gegangen, durch das den bei der Luftschiffahrt verunglück- ten Militärpersonen eine größere Fürsorge zuteil werden soll. Das Gesetz bestimmt:

„Die Angehörigen des Reichsheeres, der kaiserlichen Marine und der kaiserlichen Schutztruppen, die in Aus- übung des Luftfahrtdienstes infolge der besonderen, diesem Dienste eigentümlichen Gefahren eine Dienstbeschädigung erleiden und dadurch pensions- oder rentenberechtigt ge- worden sind, haben neben dem Anspruch auf Pension oder Rente Anspruch auf eine Luftdienst- zulage.“

Diese Luftdienstzulage ist so hoch wie die Kriegs- zulage, die Offizieren und Soldaten im Falle einer im Kriege erlittenen Verletzung gewährt wird. In der glei- chen Weise wird auch die Rente der Hinterbliebenen be- messen.

Das rote Gespenst im Herrenhause.

Das preußische Herrenhaus setzte am Montag seine Etatsberatungen fort. Zwei Redner, die Herren von Puttkamer und von Kleist konnten es nicht über sich bringen, sich mit der Reichstagsrede unseres Genossen Scheidemann zu beschäftigen. Sie bewegten sich dabei natürlich auf demselben scharfmacherischen Niveau wie Herr v. Zedlig im Abgeordnetenhaus. Herr v. Puttkamer ging aber darüber hinaus, indem er noch als Vormund der Fortschrittler auftrat und ihnen gute Ratschläge gab, sich doch nicht in das Loch der Sozialdemokratie zu begeben. Auch den Nationalliberalen gab er diesen gewiß unnötigen Ratschlag. — Herr v. Kleist will zum Angriff gegen die Sozialdemokratie übergehen, damit der Reichstag nicht am Ende noch eine sozialdemokratische Mehrheit bekomme, die Preußen nicht dulden dürfe. Er gab aber das Rezept für diesen Angriff nicht an, sondern ver- langte von der Regierung nur, daß sie wieder einmal den Sammlungsruf erlasse, der aber bisher noch selten etwas genützt hat.

Im übrigen beschäftigte man sich eifrig mit der Nä- nenderfolgung in Nordfriesland. Es wurde von verschie- denen Rednern, darunter auch von dem Bruder der Kaiserin, Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein, von der Regierung Festigkeit und Schärfe, namentlich auch gegenüber den Heimatlosen verlangt.

Wieder ein

Vertrauensvotum für Herrn v. Heydebrand.

Herr Ernst v. Heydebrand und der Laß, Landrat a. D. und Rittergutsbesitzer auf Klein Tjankame hat wieder einmal ein Vertrauensvotum erhalten. Der weitere Vor-

stand der Deutschkonservativen Partei hat am Montag im preußischen Abgeordnetenhaus einstimmig der Parteileitung (Sünderauschuss) und insbesondere Herrn v. Heydebrand „den besten und wärmsten Dank für die Führung der Partei in den letzten überaus schwierigen Zeiten aus- gesprochen und auch für die Zukunft den verehrten Führern das vollste Vertrauen versichert.“ Vorher hatte Abg. v. Heydebrand über die gegenwärtige politische Lage gesprochen und dabei zum Ausdruck gebracht, „daß die Deutschkonservative Partei alle Ursache hat, trotz der Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage voll Mut und Vertrauen in die Zukunft zu blicken.“

Alle Reaktionen blicken mit Mut und Vertrauen in die Zukunft; gestützt auf die Polizei und die Soldaten. Vertrauen auf die Kraft ihrer Parteisache haben die Kon- servativen sicher nicht.

Der nationalliberale Reichsverband.

Der rechte Flügel der nationalliberalen Partei, der nach dem letzten Vertretertag beschloß, eine eigene Or- ganisation als Gegengewicht gegen die Jungliberalen zu schaffen, hat jetzt den Aufbau seiner Organisation voll- zogen. Der „Hann. Cour.“ ist in der Lage, folgende Einzelheiten aus der Sonderorganisation der Rechts- nationalliberalen zu melden:

„Die neue Organisation wird eine besondere Zentral- stelle in Berlin erhalten, der der frühere Abg. Fuhrmann als geschäftsführender Direktor vorstehen soll. Von dieser Zentrale wird eine täglich erscheinende Korrespondenz für Zeitungen sowie ein Wochenblatt herausgegeben. Fuhr- mann, der bisher dem Zentralbureau der nationalliberalen Partei als zweiter Generalsekretär angehörte, scheidet mit dem 1. Januar n. J. aus diesem Amte.“

Den Rücktritt Fuhrmanns aus dem Generalsekretariat bestätigt die parteiamtliche „Nationallib. Korresp.“, ohne freilich zu sagen, welche neue Stellung der schon immer sehr weit rechts stehende Beamte der nationalliberalen Partei einnehmen soll. Der „Hann. Cour.“ verzeichnet noch das Gerücht, daß sich der altnationalliberale Reichs- verband „Bennigsen-Bund“ nennen wolle.

Türkei.

Der italienisch-türkische Krieg. Nach fast acht- monatigem, immer wieder von neuem erfolgtem Hinaus- schieben hat der türkische Ministerrat unter dem Einfluß der öffentlichen Meinung am Montag die Aus- weisung sämtlicher Italiener aus der Türkei beschlossen. Ausgeschlossen sind Witwen, Ar- beiter und im Dienst der Krankenpflege Stehende. Die Zahl der Italiener in der Türkei kann mit 70 000 be- ziffert werden. Se 12 000 entfallen auf Konstantinopel und Saloniki, wo sie zum größten Teile dem Handels- stand angehören. Die Mehrzahl der hier lebenden Ita- liener ist auch hier gebürtig und hat kaum jemals den italienischen Boden betreten.

Marokko.

Es gärt. 7000 Krieger scharten sich um einen neuen Sultan in Sus, Hamed el Haiba. Es ver- lutet, der Stamm Huara belagere neuerdings Taru- bant, wo einige Deutsche weilen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 22. Mai.

Der Bürgerausschuß genehmigte resp. befürwortete in seiner heutigen Sitzung folgende Anträge: Herstellung eines Spielplatzes bei der Bastion Buniamshof 20 000 Mk. im Jahre 1912 und weitere 17 335 Mk. im Jahre 1913. Aufhe- bung der Rautionspflicht der Beamten des Gerichtsvollziehers- amts. Beihilfe für die Wegemeinde Schlutup. (Material für Pflasterung einer Strecke der Westloerstraße 684 Mk.) Errichtung einer Bedürfnisanstalt auf dem Allgemeinen Gottesacker und auf dem Dorwerter Friedhof beim Kremator- ium (2650 Mk.) Erlaß eines dritten Nachtrages zu der Bekanntmachung vom 25. September 1895, betreffend See- quarantäne für ausländische Wiederkehrer und Schweine. Änderungen der Pläne für die Erweiterung des Allgemeinen Krankenhauses sowie Bewilligung von 23 370 Mk. für Verbesserung der Betriebsbedingungen. An eine Kommission verwiesen wurde der Senatsantrag auf Bewilligung von 28 600 Mk. für die Wiederherstellung der Ostfassade des Rathauses. Gleichfalls kommissarisch geprüft werden soll die beantragte Schaffung neuer Beamtenstellen bei der Baudeputation, die eine Aufwendung von 17 914 Mk. erfordert.

Mit der Überlassung des Hauses Burgstraße 5 an die Schriftstellerin Frau Wop-Ed beschäftigte sich der Bürgerausschuß in seiner heutigen Sitzung. Von sozial- demokratischer Seite wurde das eigenmächtige Vorgehen des Senates kritisiert, der zunächst die Einwilligung des Bürger- ausschusses hätte einholen müssen, bevor er eine derartige Stiftung mache, die einen dauernden Ginnahme-Ausfall für den Staat bedeute. Der Bürgerausschuß erklärte sich dann mit der Sache selbst einverstanden.

Risiko der Arbeit. Gestern vormittag verunglückte bei der Firma Havemann u. Söhne der Lastdiarbeiter August Franzen, wohnhaft Wickelstraße, dadurch, daß ihm beim Anlegen eines neuen Bretterstapels mehrere Bretter auf den Kopf fielen. Er trug eine schwere Kopfverletzung davon und mußte mittelst Droßke in seine Wohnung geschafft werden. Dieser Unfall ist eine Folge der Akford- arbeit mit all ihren schädlichen Begleiterscheinungen, mit ihrem Hasten und Jagen. Im Interesse der Lastdiar- beiter und ihrer Familien liegt es, wenn recht bald mit der Akfordarbeit aufgeräumt wird. Dann wird sich die Zahl der Unfälle auf der Lastdiar- beiter auch beträchtlich ver- ringern.

Mit einer ganzen Anzahl von Übertretungen des Kinderzuschusses hatte sich gestern wiederum das hiesige Schöffengericht zu beschäftigen. Es wurde auf Strafen von 2 bis 20 Mk. erkannt. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Bestimmungen des Kinderzuschusses, die gewiß nicht zu weitgehend sind, überall die notwendige Beachtung finden.

Ein Sparkassenbuch über einen Betrag von 900 Mk. wurde einem hiesigen Mädchen entwendet, das dieses Wert- objekt nicht gut verwahrt hatte. Von dem Langfinger wur- den 500 Mk. abgehoben.

Ein Einbruch wurde am Sonnabend beim Gastwirt Oldenburg in Israelsdorf verübt. Dem Dieb fielen 800 Mk. zur Beute.

Der Offenbarungseid leisteten im Monat April 15 Personen, darunter 4 Frauen, vor dem hiesigen Amtsgericht. Eine Person betraf sich auf einen vor dem Amtsgericht in Schwartau geleisteten Offenbarungseid.

Schiffsverluste und Savarien im Monat April. Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind 30 Dampfer mit 89 156 Tons und 26 Segelschiffe mit 16 170 Tons total verloren gegangen. Im Jahre 1911 im gleichen Monat waren es 27 Dampfer mit 46 482 Tons und 35 Segelschiffe mit 12 700 Tons. Beschädigungen erlitten 386 Dampfer und 109 Segelschiffe. 1911 im gleichen Monat waren es 478 Dampfer und 114 Segelschiffe. Die Schiffe gingen verloren durch: Strandung, Zusammenstoß, Eis, Feuer, Kentern, Sinken, Verlassen und Kondemnerung oder blieben verschollen. Die erfolgten Maschinenschäden waren: 7 Kesselschäden, 5 Schraubenschäden, 7 Maschinenschäden, 21 diverse Maschinenschäden, im ganzen 40 Schäden.

Doppel-Badeanstalt Falkenwieje. Die Temperatur betrug am 21. Mai, morgens 6 Uhr: Wasser 15 1/2, Luft 12, morgens 10 Uhr: Wasser 16, Luft 18; mittags 12 Uhr: Wasser 17, Luft 20; abends 6 Uhr: Wasser 17 1/2, Luft 19 Grad Celsius.

Selle Nächte. Um die Zeit der Sommerformenwende werden in den nördlich des Parallels von 48 Grad 32 Minuten gelegenen Gegenden die Nächte nicht mehr völlig dunkel, sobald für sie die Sonne um Mitternacht weniger als 18 Grad unter den Horizont sinkt. Diese mitternächtige Dämmerung tritt um so früher ein, je weiter man sich dem Polarkreis nähert, der bekanntlich den Kreis bezeichnet, auf dem zur Zeit des längsten Tages, 21. Juni, die Sonne überhaupt nicht untergeht. Je weiter man sich ferner vom Polarkreis nordwärts wendet, um so länger scheint auch die Mitternachts-Sonne, und am Pol endlich bleibt sie ein halbes Jahr über dem Horizont. Nördlich des Parallels von 59 Grad 32 Minuten, in dessen Nähe Stockholm und St. Petersburg liegen, sinkt die Sonne während der Solstizialzeit nachts weniger als 8 Grad unter den Horizont, hier wird daher das nächtliche Dunkel durch Tageshelle verdrängt. Für unsre Zonen kommt diese immerwährende „bürgerliche“ Dämmerung nicht in Betracht, dagegen nimmt die immerwährende „astronomische“ Dämmerung wenigstens in Mittel- und Norddeutschland schon einige Wochen in Anspruch. Nahe dem Parallel von 48 Grad 32 Minuten, der die südliche Grenze der Nachtlosigkeit bezeichnet, liegen Straßburg, Tübingen, Landshut und Passau, während München und Wien schon südlicher liegen, also überhaupt keine mitternächtige Dämmerung haben. Für Mannheim beginnt die Zeit der hellen Nächte am 5. Juni und dauert bis 8. Juli, fast ebenso in Kaiserlautern und Nürnberg, für Leipzig sind diese Daten der 24. Mai und 20. Juli, ähnlich für Breslau, Kassel, Elberfeld-Barmen, für Berlin der 18. Mai und 26. Juli, nahezu ebenso für Hannover, für Hamburg der 14. Mai und 31. Juli, für Kiel und Danzig der 10. Mai und 8. August, endlich für Memel der 5. Mai und 8. August. Wenn in Zeiten der mitternächtigen Dämmerung die Atmosphäre durch vulkanische Auswürfsprodukte, seine Lavaströme und Gase, verunreinigt ist, so zeigen sich innerhalb des hellen Lichtsegments zarte weißglänzende Wolken, die sogenannten leuchtenden Nachtwolken, die zwar schon oft aufgetreten, aber zuerst in den hellen Nächten nach dem ungeheuren Ausbruch der Sunda-Vulkane, insbesondere des Pit Krakata (Krakatau) im August 1883, d. h. also in den folgenden Jahren bemerkt worden sind. Solche Staubwolken, denen stets farbenreiche Dämmerungsphänomene vorangehen und folgen, gehören außerordentlich hohen Atmosphärenschichten an; man hat ihre Höhe zu 50 bis 80 Kilometer berechnet. Auch während der Solstizialdämmerungen nach dem Ausbruch der Antillen-Vulkane Mont Pele und Soufriere am 8. Mai 1902 waren leuchtende Nachtwolken zu beobachten, vereinzelt sogar nach schwächeren vulkanischen Eruptionen in den folgenden Nächten. Die mehrfach schon aufgestellte Behauptung, daß derartige Erscheinungen durch kosmische Staubmassen hervorgerufen werden können, ist bisher noch unbewiesen geblieben, und die Annahme, daß Kometenschweife, durch die sich die Erde bewegt, leuchtende Nachtwolken zu erzeugen vermögen, muß im Hinblick auf die außerordentliche Feinheit, vielleicht sogar Molekulargröße der Kometenschweife von vornherein zurückgewiesen werden.

Wann ist die beste Zeit, ein Bad zu nehmen? Meistens muß man es für am geeignetsten, morgens gleich nach dem Aufstehen zu baden. Viele Autoritäten behaupten, die beste Zeit wäre abends. Jedoch kann sich diese Frage jeder Mensch, seinem körperlichen Zustand gemäß, selbst beantworten. Ein kaltes Bad frühmorgens ist nur für diejenigen heilsam, die genügende Reaktionskraft und auch ein gesundes Nervensystem besitzen. Fühlt man sich nach dem Bade sehr erfrischt, aber nach zwei oder drei Stunden müde und schlaff, so ist dies ein Zeichen, daß das kalte Bad schädlich ist, und die Gewohnheit sollte eingestellt werden. Vollblütigen und dicken Menschen von langsamem, phlegmatischem Temperament und unermüdbar Nervenkraft sind Morgenbäder sehr zu empfehlen. Solche, die zur Magerkeit neigen, deren Hände und Füße bei geringster Gelegenheit kalt und feucht werden, und die ihr Essen schwer verdauen, die nervös sind und sich geistig plagen, sollten Bäder am frühen Morgen meiden. Ein Bad am Nachmittag oder vor dem Schlafengehen würde hier heilsamer wirken. Andere Personen verspüren nach einem kalten Bade sofort eine wohlthätige Reaktion, aber sie verlieren bei der Nachwirkung mehr, als sie beim Baden gewinnen. Diese sollten nicht oft baden und stets lauwarmes Wasser gebrauchen. Es ist dann am ratsamsten, es vor dem Schlafengehen zu tun. Auf jeden Fall sollte der Körper gehörig mit einem weichen Handtuch frottirt werden, bis die Haut ordentlich warm wird. Dieses verursacht eine gesunde Blutzirkulation in der Haut sowie in allen Organen und erhält den Körper gesund.

pb. Fahrraddiebstahl. In der Nacht zum 20. d. M. ist aus einer Scheune eines Gastwirtes in Badendorf ein Fahrrad, Marke „Victoria“, gestohlen worden. Das Rad hat schwarzes Gestell, gelbe Felgen, Freilauf, ist ohne Bremse und trägt die Polizei-Nummer 14991. — Am 18. d. M. ist in einer hiesigen Schule ein Fahrrad gestohlen worden. Das Rad trägt die Marke „Schnell“ und die Polizei-Nummer 13827, es hat schwarzes Gestell, gerade Lenkstange und Freilauf.

pb. Wer ist der Eigentümer? An der Polizeiwache beim Burator befindet sich seit dem 10. d. Mts. ein zweirädriger Handwagen, dessen Eigentümer bisher nicht ermittelt werden konnte. Der Wagen ist 94 cm hoch und hat 1,50 m Spurweite. Das Obergestell besteht aus 4 teilweise mit Eisen beschlagenen Längsbalken und 3 ca. 2 m langen Brettern. Die Deichsel ist durchgebrochen.

pb. Ermittelt wurde ein Dienstmädchen, das im Juli 1911 auf dem Markt vor dem Postgebäude ein Portemonnaie mit zirka 30 Mk. gefunden, den Fund aber nicht im Fundbüro des Polizeiamts abgibt. Der Verlierer des Portemonnaies, der seinen Verlust noch nicht zur Anzeige gebracht hat, wird ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Schwartz. Die Leiche eines neugeborenen Kindes wurde am Montag aus dem Mühlensteich bei Kleinmühlen gezogen. Die Arme waren über die Brust gebunden, während der Kopf fehlte. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Kiel. Ferdinand Lassalle und das Kieler Amtsgericht. Eine merkwürdige Beurteilung ist dem Gewerker der Arbeiter zum Klassenbewußtsein, Ferdinand Lassalle, vor dem Kieler Amtsgericht zuteil geworden. Ein Parteigenosse hatte den eigenartigen Gesichtsausdruck, sein Lächeln auf den Namen „Lassalle“ in das Ständesamtsregister eintragen zu lassen, war aber damit vom Standesamt abgewiesen worden. Nun wandte er sich beschwerdeführend an das Amtsgericht, das ihm Recht gab und das Standesamt anwies, den vom Vater gewünschten Namen in das Register einzutragen. In der Begründung der amtsgerichtlichen Entscheidung wird unter anderem ausgeführt: „Der im vorliegenden Falle gewählte Vorname „Lassalle“ ist offensichtlich, wie in anderen vorgekommenen Fällen, in Anlehnung an den Namen des bekannten Sozialisten Ferdinand Lassalle gewählt, um die politische Anschauung des Vaters auch im Namen seiner Tochter zum Ausdruck zu bringen. Diese erkennbare Absicht schließt die Eintragungsfähigkeit des gewählten Vornamens nicht aus, wie überhaupt die Beweggründe, welche den Vater zur Wahl eines bestimmten Vornamens veranlassen, behördlich regelmäßig unbeachtlich sind. Verfassungsmäßig ist jeder Staatsbürger in der Betätigung politischer Anschauungen unbeschränkt, soweit er sich dadurch nicht einer Gesetzesverletzung schuldig macht. Es muß daher dem Vater auch unbenommen bleiben, innerhalb der gesetzlichen Grenzen diese Gesinnung bei der Wahl der Vornamen seiner Kinder zu betätigen. In dieser Betätigung kann auch dann nicht eine „Beleidigung des Staates“ erblickt werden, wenn dadurch etwa die Zugehörigkeit zu einer Partei wie der sozialdemokratischen Partei zum Ausdruck gebracht werden soll, die sich mit den Anschauungen der derzeitigen Regierung in Widerspruch setzt. Denn die herrschende Regierung ist nicht identisch mit dem Staate, und der Staat muß verfassungsmäßig allen Staatsbürgern ohne Rücksicht auf ihre politische Ansicht innerhalb der gesetzlichen Grenzen gleiches Recht angedeihen lassen. Außerdem verkennt die Auffassung, welche den Namen „Lassalle“ als den Staat beleidigend und darum nicht eintragungsfähig erachtet, die Persönlichkeit Lassalles, nach welcher der Name gewählt ist, wie sie historisch feststeht. Lassalle war trotz seiner sozialistischen Anschauungen durchaus national gesinnt. Für ihn würde in der heutigen internationalen Sozialdemokratie, die auch insofern seine Lehren längst verworfen hat, überhaupt kein Platz sein. Es ist daher unersinnlich, wie ein Vorname nach einem auf nationalem Boden stehenden Manne eine Beleidigung des Staates enthalten soll, lediglich, weil er auf wirtschaftlichem Gebiete für den sozialistischen Betrieb eingetreten ist, zumal da derartige Betriebe nach seiner Zeit im beschränkten Umfange (wie bei der Eisenbahn) von dem Staate selbst eingeführt sind. Daß Lassalle von der jetzigen internationalen Sozialdemokratie im Widerspruch mit seinen eigenen politischen Ansichten (?) zum Parteimitglied gemacht ist, könnte daher höchstens beim Gebrauch seines Namens zu Zwecken dieser Partei eine Beleidigung Lassalles selbst, nicht aber des Staates darstellen. Es ist aber nicht Sache des Standesamts oder des Gerichts, zu prüfen, ob etwa der Antragsteller aus Verehrung des Lassalle, wie er historisch war, oder unter Verehrung seiner Persönlichkeit, ist aus Gründen einer sozialdemokratischen Demonstration gegen die herrschende Regierungsform den Vornamen „Lassalle“ gewählt hat.

Was würde wohl Ferdinand Lassalle sagen, wenn er diese Charakteristik seiner Persönlichkeit lesen könnte? Daß er im Widerspruch zur internationalen Sozialdemokratie gestanden hat, konnte nur ein preussisches Juristengehirn entdecken. Im übrigen ist aber die Urteilsbegründung gar nicht so übel.

Flensburg. Arbeitsniederlegung. Bei dem Bauunternehmer Niederichsen in Flensburg sind Streitigkeiten entstanden, die zur Arbeitsniederlegung der Stuckateure geführt haben. Die auf einem Neubau an der Wrangelsstraße beschäftigten organisierten Stuckateure weigerten sich, mit einem wegen Vorspiegelung falscher Tatsachen ausgeschlossenen Berufsgenossen zusammenzuarbeiten. Eingeleitete Verhandlungen hatten keinen Erfolg, weil Herr Niederichsen jedes Entgegenkommen ablehnte.

Bremen. Ein Großkaufmann auf der Anflagebank. Gestern morgen begann vor der Strafkammer II des hiesigen Landgerichts der Prozeß gegen den Kaufmann Albert Emil Christian Plate, den früheren Teilhaber der Firma Gebrüder Plate. Der Angeklagte befindet sich seit dem 3. April 1911 in Untersuchungshaft. Plate ist am 14. Juni 1873 in Bremen geboren. Er wird beschuldigt, in der Zeit vom 3. April 1906 bis zum 1. April 1911 als Gesellschafter der Firma Gebrüder Plate über Forderungen und andere Vermögensstücke der Firma im Gesamtwerte von 2 066 203,87 Mk. absichtlich zu deren Nachteil verfügt zu haben, und zwar, um sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen. In der Zeit vom 1. Juni 1901 bis zum 1. April 1911 soll der Angeklagte als Schuldner, über dessen Vermögen das Konkursverfahren eröffnet worden ist, sowie als Gesellschafter der offenen Handelsgesellschaft Gebr. Plate — über deren Geschäftsvermögen am 4. April 1911 das Konkursverfahren eröffnet wurde — durch Aufwand und Differenzhandel mit Waren und Börsenpapieren übermäßige Summen verbraucht und Handelsbücher, deren Führung ihm gesetzlich oblag, so unordentlich geführt haben, daß sie keine Übersicht des Vermögensstandes der Firma gewähren. In weiteren 35 Fällen wird der Angeklagte beschuldigt, in der Absicht der Firma Gebrüder Plate einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen anderer Firmen geschädigt zu haben. So sollen geschädigt sein: die Firma G. C. Weidhausen um ihr Pfandrecht von 461 Ballen Baumwolle im Werte von 155 659,98 Mk.; die Deutsche Bank in Bremen um ihr Pfandrecht an 298 Ballen Baumwolle im Werte von 96 229,97 Mk.; die Direktion der Diskonto-Gesellschaft in Bremen um ihr Pfandrecht an 277 Ballen Baumwolle im Werte von 92 134,92 Mk.; die Firma Karl F. Wumpff & Co. in Bremen um ihr Pfandrecht von 153 Ballen Baumwolle im Werte von 52 492,53 Mk.; die Deutsche Bank, Filiale Bremen, um ihr Pfandrecht von 33 Ballen Baumwolle im Werte von 9069,93 Mk. Diese Schäden soll der Angeklagte den Firmen dadurch zugefügt haben, daß er durch Vorpiegelung falscher und durch Unterdrückung wahrer Tatsachen bei den Inhabern der Firma P. S. Ulrichs u. Co., Hflenhoff u. Knoll, sowie bei deren Geschäftsführer Oberle-Frickamer erregte und unterhielt. Die Vernehmung des Angeklagten nahm fast drei Stunden in Anspruch. Es ergibt sich daraus, daß er bei Spekulationsgeschäften fabelhafte Summen verloren hat. An dem regulären Geschäft der Firma Gebrüder Plate war er mit 20 Prozent Gewinn und Verlust beteiligt. Die Spekulationsgeschäfte hatte er nebenbei betrieben, ohne seinem Vater davon eine Mitteilung davon zu machen. Der Wert der fünfjährigen Spekulationsgeschäfte betrug nach den Aufstellungen des beidigten Bücherrevisors 185 Millionen Mark. Verloren hat der Angeklagte bei diesem Geschäft insgesamt 4 084 000 Mk., gewonnen 3 020 000 Mk., sodaß ein Gesamtverlust von 1 064 000 Mark verbleibt. Diese Verluste kommen in den letzten Jahren auch im regulären Geschäft der Firma Gebrüder Plate zum Ausdruck. In den Jahren 1902, 1903 und 1904 wurden Ge-

winne von 20 000 Mk., 59 000 Mk. und 78 000 Mk. erzielt. Das Jahr 1905 schloß mit einem Verlust von 119 000 Mk. ab. Das Jahr 1906 ergab einen Gewinn von 253 000 Mk., dagegen waren in den folgenden Jahren nur noch Verluste zu verzeichnen und zwar 1907: 177 000 Mk., 1908: 864 000 Mark, 1909: 188 300 Mk. und 1910: 189 000 Mk. Für seinen und seiner Familie Unterhalt hat der Angeklagte dem Geschäft jährlich durchschnittlich 30 000 Mk. entnommen. Von seiner Frau ist er jetzt geschieden. Die Verhandlungen werden voraussichtlich drei Tage in Anspruch nehmen.

Bremen. Fünf Tage ohne Nahrung auf offenem Meere. Aus Cherbourg wird unter dem 21. Mai telegraphisch gemeldet: Der Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Kaiserin Auguste Victoria“, der gestern im hiesigen Hafen ankam, traf auf der Überfahrt von Hamburg nach Southampton auf einen deutschen Segelkutter, in dem sich Schauspieler befanden, die in Bremen gastierten. Die Unglücklichen, noch im Smoking, hatten sich vor fünf Tagen ein Boot genommen, um eine Vergnügungsfahrt auf dem Meere zu unternehmen. Sie wurden jedoch in die Nordsee hinausgetrieben und waren seitdem ohne Nahrung. Die meisten waren so erschöpft, daß sie sich nicht mehr aufrecht halten konnten, und in hoffnungslosem Zustande an Bord des Schiffes geholt werden mußten. Man glaubt nicht, sie am Leben erhalten zu können.

Aus Nah und Fern.

Zu dem Friesacker Automobil-Unfall, bei dem Prinz Wilhelm von Cumberland, der Sohn des Herzogs von Cumberland sein Leben eingebüßt hat, wird gemeldet: Im Walde des Rittergutes Nadel, etwa 10 Kilometer hinter Friesack, gegen 6 Uhr abends geschah das entsetzliche Unglück. Das Auto stürzte die Böschung des Weges hinab in eine dreißigjährige Kiefernhecke. Unweit waren Arbeiter beschäftigt, die Hilfe herbeizuholen. Von dem zwei Kilometer entfernten Dorfe Nadel waren nach kurzer Zeit ein Gutsfuhrwerk und die Gemeindefunktionäre eingetroffen. Ein ebenfalls herbeigeeilter Friesacker Arzt konnte nur den Tod des jungen Prinzen und seines Kammerdieners feststellen. Der Tod war zweifellos durch Schädelbruch sofort eingetreten. Der Chauffeur, der nur leichte Quetschungen erlitten hat, ist mit dem Leben davongekommen. Ein menschliches Verschulden scheint ausgeschlossen.

Vom Gendarmen erschossen. Unser Breslauer Parteiblatt berichtet aus Thorn: Im Dorfe Gurske, unweit Thorn, erschöß der Gendarm Bohlett den Arbeiter Stonieczny. Wie berichtet wird, soll Stonieczny den Gendarm, der eine Streiterei unter mehreren jungen Leuten, die schließlich anfing, eine gefährliche Wendung zu nehmen, schlichten wollte, tödlich angegriffen haben, worauf der Polizeibeamte sofort die Waffe zog und mit einem Schuß in die Brust den Arbeiter niederstreckte, so daß der Gestorbene in wenigen Minuten tot war. Die Bevölkerung, die der Ansicht ist, daß hier der Beamte durchaus nicht in Notwehr handelte und den jungen und schwächlichen Arbeiter unnötig niederschoss, ist sehr erregt. Die Untersuchung wurde sofort eingeleitet.

Der Schicksal. Wolffs Bureau meldet aus Berlin: Als in der Nacht zum Montag in Lichtenberg ein Schutzmann einen Kutscher, namens Koefle, wegen nächtlicher Ruhestörung verhaften wollte, sammelte sich eine größere Menschenmenge an, die eine bedrohliche Haltung einnahm. Die Frau des Festgenommenen versuchte ihren Mann zu befreien. Ein hinzukommender Schutzmann gab in Notwehr einen Schreckschuß ab, der der Frau in die Brust drang, sodaß diese schwer verletzt in das Rummelsburger Krankenhaus gebracht werden mußte. — Natürlich war's nur ein „Schreckschuß!“

Gemeinsam in den Tod. Aus Scherz über den Verlust der Gattin stürzte sich der Arbeiter Gola aus Maudorf in Halle a. S. mit seinen drei Kindern angesetzt in die Saale. Gola und ein sechsjähriges Mädchen sind ertrunken, zwei Kinder wurden gerettet.

Dem Hungerlohn geweiht. Der Kapitän des in Aberdeen eingetroffenen Fischereidampfers „Strathmore“ meldet, daß er am Sonntag, dem 12. Mai, bei der kleinen, zur schottischen Grafschaft Inverness gehörenden Insel St. Kilda vor Anker gegangen sei. Die Bewohner des Eilandes, die nur noch aus 70-80 Personen bestehen, habe er in einem traurigen Zustande und halb verhungert angetroffen. Seit dem Dezember vorigen Jahres sei dort kein Schiff mit Lebensmitteln mehr erschienen, außerdem sei das Meer fortgesetzt sehr stürmisch gewesen. Die Eingeborenen, die wegen der Anfruchtbarkeit der Insel mit ihren Nahrungsmitteln ganz auf die Außenwelt angewiesen sind, haben sich die ganze Zeit über von Vogeleiern genährt, die sie sich unter großen Mühen und Gefahren in den steilen Felsen suchen mußten. Der erste Lord der Admiralität Winston Churchill hat dem Kommandanten der Heimatflotte Befehl gegeben, so schnell wie möglich einen Kreuzer mit Lebensmitteln nach St. Kilda zu entsenden.

Ein wahres Hundeleben! Wie mancher schon hat seinen Witzmut über des Lebens Misere durch obigen Ausruf herabden Ausdruck gegeben, ohne dabei zu bedenken, welche Beleidigung er dem „modernen“ Hunde andeuten läßt. Denn das Leben aller Proletarier ist tausendmal schlechter als das der Hunde, denen am Freitag die amerikanische Millionärin A. F. Holland ein — pardon — Festessen gab. Zu Ehren ihres Belinger-Hundchens gab diese moderne Eva im Neugotter Wanderbilt-Hotel ein Bankett, zu dem acht andere Belinger Hundchen mit ihren Herrinnen Einladungen erhalten hatten. Die Tafel war nach chinesischer Art ausgeschmückt und eine chinesische Kapelle spielte seltsame Weisen auf. Neben jeder Dame saß ein Hundchen an der Tafel, dem auf silbernen Schälchen allerlei Leckerbissen, die der Hundeleute teuer sind, serviert wurden. Von gebratenen Schnitzwerk wurden ihnen nur die zarten Brüste aufgeschnitten. Jeder Hund erhielt als Andenken ein silbernes Halsband, auf dem sein Name eingraviert war. Die Überreste des Hundemahles aber werden wahrscheinlich von Arbeitslosen, Frauen und Kindern aus den Abfallkommen des Hotels herausgeholt worden sein, um als hochwillkommener Leckerbissen verzehrt zu werden. Eine wirklich gerechte Weltordnung!

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Ludwig für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellingsma. Verleger: L. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

**Komitee- und
Kommissionssitzungen**

Transportarbeiter.
Vorstandssitzung
Donnerstag abend 8 1/2 Uhr.

Am Dienstag mittag entschlief sanft nach kurzer schwerer Krankheit meine liebe Frau, meiner Kinder treuorgende Mutter

Wilhelmine Güttnert, geb. Steffens im 27. Lebensjahre. Auf tiefste betrauert von den Ihrigen.
Heinrich Güttnert u. Familie.
Lübeck, den 22. Mai 1912,
Meierstraße 10a.

Die Trauerfeier findet am Sonntag abend, dem 25. Mai, nachmittags 9 1/2 Uhr, in der Kapelle Vorwerk statl. (741)

Sagen hiermit allen Freunden und Bekannten für die Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung unserer lieben Verstorbenen unseren herzlichsten Dank. (581)
Familie Giesenhagen.

Zu sofort oder 1. Juli eine fl. Wohnung zu vermieten. Näh. (539)
Mühlenstraße 64.

Kolporteur

für leicht verkäufliche politische Wochenchrift gesucht. Gesl. Meldungen bei **W. Kruse**, Buchhandlung, Südrstraße 118. (544)

6 Stück 2-Familien-Häuser a 3 Zim. inkl. Stall u. Gart., 10 Min. v. d. Gdht. der el. Bahn, bei ger. Anz. zu verk. **C. & H. Dechau**, Mörslinger Allee 141. (219)

Ein guterhaltener Sportwagen mit Gummirreifen zu verkaufen (532)
Sadowstraße 29. I.

Ein Sitz- u. Liegewagen, Dürsch-Nierenbohnen, Wfd. 120 Mk., zu verkaufen (530)
Meinrichstraße 26.

Ein fast neuer Kinderwagen, dunkelblau, zu verkaufen (533)
Blancstraße 24 a. I.

Flechten und alle Saararbeiten von ausgekämmtm Haar fertigt billig an **F. W. Lichtenstein**, Friseur, Gr. Burstr. 11. (536)

Billiger Kartoffeln. Billiger.
Gute Magn.-bon.-Kartoffeln, 10 Pfd. 50 Pfg., lange gelbe, Magdeburger gelbe 10 Pfd. 50 u. 60 Pfg., gute Speisekartoffeln 10 Pfd. 40 Pfg., 100 Pfd. 3 50 Mk. empfiehlt (540)
C. Prestin, Fleischhauerstraße 60.

Plakate

betr.
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genussmitteln sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.
Johannisstraße 46.

**Carl Folkers
Möbelmagazin**
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwager.

: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

„Plättwol“
gesetzlich geschützte Holzkohlen-Packung D. R.-G.-M. 487 778.
Engros-Vertrieb von

E. Braunschweig
Gegründet 1871.
Fleischhauerstr. 27
207) Fernsprecher 1357.
Lager sämtlicher Brennmaterialien.

Uhren, Goldwaren
Ketten, Schmuck- und Trauringe, Silberwaren (543)
billig und gut bei
Willi Westfaling,
Uhrmacher und Juwelier,
32 Holstenstraße 32.

Donnerstag morgen treffe ich auf dem **Schwartauer Marktplatz** ein:
Eeclach, Kabeljau Wfd. 20 Pfg.
Große Schellfische Wfd. 20 Pfg.
Schollen, Rotbarsch, Goldbutt. (537)
E. Boy, Lübeck, Königsstraße 61.

**Kalnbergs
Variété-Kabarett.**
Seute 8 1/4 Uhr:
20 Programmnummern.
Entrée: 20 Pfg. (542)

Zentral-Hallen
Dankwardtgrube 20.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr.
Ende 12 Uhr.
(103)

Neu eröffnet!

Zum Pfingstfest

empfehle:

Knaben-Anzüge in hübscher Ausführung.	2 ⁹⁵	3 ²⁵	4 ²⁵	5 ²⁵	6 ²⁵	bis 12 ⁵⁰ Mk.
Herren-Anzüge von anerkannter guter Verarbeitung und tadellosem Sitz	11 ⁷⁵	19 ⁵⁰	24 ⁵⁰	29 ⁵⁰	34 ⁵⁰	38 ⁹⁵ Mk.
Kinder-Kleidchen	85 ³	98 ³	1 ¹⁰	1 ³³	1 ⁴⁸	1 ⁹⁵ 2 ³⁵ Mk.
WB. Stick.-Kleidchen	1 ³⁸	1 ⁵⁰	1 ⁶⁵	1 ⁷⁸	2 ²⁰	3 ³⁵ 4 ⁹⁵ Mk.
Ein Posten Falten-Hängeschürzen	88	98 ³	1 ⁰⁸	1 ¹⁸	1 ²⁸	1 ³⁸ Mk.
Ein Posten weiße Hängeschürzen mit Kimono-Aermeln 45 bis 70 cm lang						95 ³ Stück
Ein Posten Wasch-Unterröcke	95 ³	1 ⁰⁵	1 ³⁸	1 ⁴⁸	1 ⁶⁸	2 ¹⁰ 2 ²⁵ Mk.
WB. Kimono-Blusen	78 ³	1 ¹⁸	1 ³⁵	2 ²⁵	2 ⁹⁵	3 ⁷⁵ Mk.
Russenkittel	75 ³	88 ³	95 ³	1 ⁰⁵	1 ²⁵	1 ⁵⁸ 1 ⁹⁵ Mk.

Sweater u. Sweater-Anzüge
in hübscher Auswahl zu vorteilhaften Preisen.

535)

Johannes Holst

Kohlmarkt 6. Lübeck. Markt 6.

Neu eröffnet!

Rheinperle

SOLO

Margarine die Elitemarken der Branche ersetzen

Feinste Butter

Holl. Marg. Werke Jürgens & Prinzen G.m.b.H. Goch-Rind.

Herren- Zug- und Schnürstiefel

Box und Chevreau
von 8.00 Mark an.

Damenstiefel

Box und Chevreau
mit und ohne Lackkappen
von 5.75 Mark an.

Pa. Rindbox = Stiefel

36-39 6.50 Mark.

Sämtl. braune Sachen billig. **Herkules 8.75 Mk.**

1 Partie Mädchen - Schnürstiefel (Box)
Größe 27-30 3.90 Mk. 31-35 4.75 Mk.

534) **Sandalen billig.**

H. Beckmann, Reiserstr. 3.

Rabattmarken. Reparaturwerkstatt (Handarbeit).

Käse-Lager Schlumacherstr. 12.
Große Posten Tüster Käse P. 20 und 30 Pfg. (332)

Krieg dem Kriege!

So lautet der Kampf, den die berühmte Romanschriftstellerin und Vorkämpferin des Friedensgedankens **Bertha von Suttner** nachvoll ertönen läßt. Ihr Buch:

* * * **Die Waffen nieder!** * * *

zugleich ein fesselnder, umfangreicher Lebensroman voll atemloser Spannung, wirkte auf die ganze zivilisierte Welt, wie selten ein Schriftwerk; es wurde binnen kurzem in Hunderttausenden von Exemplaren verschlungen und mit Recht kürzlich als Kulturfakt ersten Ranges durch den Nobelpreis des Friedens ausgezeichnet. — Noch nie sind so schonungslos die Verbrechen des Militarismus an den Pranger gestellt, noch nie so packend und naturgetreu die Opfer und Verheerungen moderner Kriegsführung geschildert, noch nirgends in so grandiosem Stil so kraft und realistisch die einzelnen Phasen der Schlacht, die entsetzlichen Folgen des „Krieg“ genannten Massenmordes für die Menschheitskultur, Gemütsverrohung, Familienelend, Seuchen und Siedtum, finanzieller Ruin ganzer Generationen usw. hingemalt worden, wie in diesem Buch einer Frau, die darin dem tiefsten Empfinden von Millionen Ausdruck gab und die auch in den Herzen von Millionen begeisterten Widerhall findet.

Enorme Preisermäßigung!

Durch einen großen Abschluß sind wir in der Lage, das berühmte Werk, dessen zweibändige, nur etwas besser ausgestattete Ausgabe noch heute Mk. 6.— resp. Mk. 8.— kostet, für nur 60 Pfg. broschiert, in Leinen gebunden Mk. 1.— anzubieten.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 21. Mai 1912.

87. Sitzung, Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsitz: Kühn.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Entwurfs eines

Militärflieger-Versorgungsgesetzes.

Das den Angehörigen des Heeres und der Marine, die im Luftfahrtdienst verunglückten, sowie ihren Hinterbliebenen Ansprüche auf besondere Zulagen gewährt.

Frank-Mannheim (S.D.): Wir werden dem Gesetz unsere Zustimmung erteilen. Dabei bringe ich den bescheidenen Wunsch vor, eine so kurze Vorlage möchte nicht in einem Deutsch abgefaßt werden, das den Widerspruch selbst eines mittelständigen Tertianers herausfordern muß. Luftdienstmitwengeld, Luftdienstwaisengeld, Luftdienststernengeld, Luftdienstwitwenbeihilfe sind doch ganz monströse Wortbildungen. Dann haben wir noch einen sachlichen Wunsch. Wir verlangen, daß neben der Fürsorge für die Opfer des Luftfahrtdienstes selbstverständlich Vorkehrungen zur Verhinderung solcher Unfälle getroffen wird. In dieser Beziehung ist nicht alles geschehen, was geschehen konnte. Im letzten Monat wurden bei Frankfurt a. M. Offiziere verschiedener Truppenteile als Flieger ausgebildet. Das Tempo dieser Ausbildung ist natürlich bei verschiedenen Menschen verschieden, genau so wie beim Radfahren; Kollege Winkler würde es z. B. schneller lernen, als Kollege Dertel. (Heiterkeit mit Hinweis auf den großen Leibesumfang des Abg. Dertel.) Darauf ist aber keine Rücksicht genommen. Es wurde Befehl gegeben, daß innerhalb einer sehr kurzen Frist alle Teilnehmer des Kursums ihre Fliegerprobe ablegen sollten. Einen derartigen Befehl halten wir für ein Spiel mit Menschenleben und protestieren gegen solche Anordnung. Aus welchen Motiven diese nervöse Hast betrieben wurde, wissen wir nicht. Bei der Lebens- und Lebensgeschichte eines Doppel-Luftschiffes hat die Tatsache eine Rolle gespielt, daß auf ähnliche Wünsche eines sehr hochstehenden, aber nicht sehr hoch fliegenden Herrn Rücksicht genommen worden ist. Wir wissen nicht, ob in diesem Falle etwa der Wunsch maßgebend war, dem Ausland möglichst reich zu zeigen, welche große Zahl ausgebildeter Flieger wir haben. Sachlich begründet ist das nicht, und wir protestieren dagegen. Eine solche Schuld wird nicht verringert, wenn man nachher für die Hinterbliebenen sorgt. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Erzberger (Z.): Auch wir stimmen der Vorlage zu. Den Wunsch des Vorredners nach einem besseren Deutsch teilen wir. Gegen das Deutsch der Vorlage würde meiner Meinung nach nicht nur ein Tertianer, sondern sogar schon ein Vorkämpfer Widerpruch erheben.

Schulenburg (M.) und Voormann (W.) erklären die Zustimmung ihrer Freunde zu der Vorlage.

Bernstein (S.D.): Der Abg. Frank hat schon darauf hingewiesen, zu welchen Folgen ein gewisser Luftschauvinismus führt, der sich bei uns schon bemerkbar macht. Wenn wir für die Vorlage stimmen, müssen wir Verwahrung dagegen einlegen, daß Luftfahrzeuge im Kriege zu irgend einem anderen Zweck als zur Aufklärung verwendet werden. Von einem mit uns in Freundschaft lebenden Staat sind aus Luftfahrzeugen im Kriege Sprengbomben auf gegnerische Truppenteile herabgeworfen. Wir protestieren nachdrücklich gegen ein solches Verfahren und behalten uns vor, internationale Vereinbarungen in dieser Hinsicht anzuregen. (Bravo! b. d. Soz.)

Die Debatte schließt. Da Kommissionsberatung nicht beantragt ist, wird sofort in die zweite Beratung eingetreten und in dieser der Entwurf debattelos angenommen.

Debattelos wird auch der Zusatzvertrag zu dem Auslieferungsvertrage zwischen dem Deutschen Reich und Luxemburg angenommen.

Debattelos werden dann sämtliche Etatsreste erledigt, bis auf den

Etat der Reichsschuld,

bei welchem

Zimmermann (M.) ein längeres Manuskript vorliest. (Ein Abgeordneter, der hineinquitt, ruft einmal beim Umschlagen in den Saal: Seite 17 (gr. Heiterkeit).)

Gleich und gleich.

Eine Erzählung aus dem Riez von Melchior Meyr.

(1. Fortsetzung.)

Durch das offene Postor kam er ohne Geräusch in den Lenz des ansehnlichen Hauses und von da in die Stube. Als er in diese eintrat, sah er ein Mädchen mit dem Gesicht dem Fenster zugekehrt; — es war die Sophie! — Sie lehnte sich um, erkannte ihn und stieß einen Schrei des Vergnügens aus. „Gottfried!“ rief sie, indem sie auf ihn zuging und ihm die Hand gab! — „Sieh, das ist schön von dir, daß du wieder einmal zu uns kommst! — Ich hab dich ja eine Ewigkeit nicht gesehen! Was machst du denn immer? — Aber jetzt seh' dich, du wirst müd' sein. — Und — mit was kann ich aufwarten?“

Der Bursche war ordentlich bestürzt über die Freundlichkeit und Lebhaftigkeit des Mädchens. Aber bald fand er sich drein und lächelte mit halb offenem Munde sehr glücklich. „Es freut mich recht, Sophie,“ erwiderte er, „daß du noch die alte bist gegen mich!“

„Das hast du doch hoffentlich nicht anders gedacht?“ versetzte das Mädchen. „Du weißt ja, wieviel wir immer aufeinander gehalten haben!“

„Ja,“ sagte Gottfried lächelnd. „Das ist aber schon lange her!“

„Um so mehr freut man sich, wenn man sich wieder sieht!“

Gottfried sah sie an, seine Augen glänzten. „Du bist aber noch allweil so gut,“ rief er, „wie du gewesen bist?“

„Ich hoff', das ändert sich nicht, wenn man älter wird!“

Präsident Kaempf versucht den Redner mehrfach zu unterbrechen, jedoch vergeblich, der Redner beendet unter großer Heiterkeit des Hauses seine in der allgemeinen Unruhe ganz unverständliche Vorlesung.

Es folgt der Gesetzentwurf betreffend die Feststellung des Etats. Hierauf schlägt die Kommission einen Gesetzentwurf vor, wonach die Ermäßigung der Zuckersteuer 6 Monate nach der Einführung eines Gesetzes, welche eine allgemeine den verschiedenen Besitzformen gerecht werdende Besitzsteuer vorschreibt, spätestens jedoch am 1. Oktober 1918 in Kraft tritt. Dieser Entwurf soll dem Reichstag bis zum 30. April 1913 vorgelegt werden. In diesem Gesetz ist vorzusehen, daß die Höhe der Steuerquoten allfälliglich durch den Reichshaushaltsetats festzusetzen ist.

Weiter beantragt die Kommission einen Gesetzentwurf betr. Änderung des Erbschaftsteuergesetzes, wie er dem Reichstag bereits am 14. Juni 1909 vom Bundesrat vorgelegt worden ist, so rechtzeitig wieder vorzulegen, daß er mit dem 1. April 1913 in Kraft treten kann.

Wassermann (M.): Das Branntweinsteuergesetz können wir nicht allein aus dem Gesichtspunkte machen, daß aus ihm mehr Erträge erwachsen, sondern wir müssen auch auf die beteiligten Industrien Rücksicht nehmen. Wir sind in eine gewisse Zwangslage gekommen, wir mußten die Vorlage der Regierung annehmen, da sie eine Befreiung der Liebesgabe brachte. (Widerpruch b. d. Soz.) In diesem Hause ist aber eine Mehrheit für eine Befreiung vorhanden, und deshalb wollten wir eine gezielte Bindung der Regierung herbeiführen, daß sie spätestens bis zum 1. April 1913 dem Reichstage eine Besitzsteuer vorlegt. Die Regierung muß doch schließlich dahin kommen, nämlich der starken Steuerbelastung des Konsums auch auf dem Gebiete der direkten Besteuerung vorzugehen. (Sehr richtig! links.) Ich will noch bemerken, daß wir bei der Reichsfinanzreform ursprünglich eine Reichsvermögenssteuer gewünscht haben und der Erbschaftsteuer erst den Vorzug gaben, als die verbündeten Regierungen die Reichsvermögenssteuer ablehnten. Wir wollen die Einführung einer Besitzsteuer, dieser Gedanke hat uns auch jetzt geleitet. (Bravo! bei den Natlib.)

Lebebour (S.D.): In dem Antrage der Kommission ist eine Entscheidung getroffen, die mit der Stellung der Parteien während der Wahlen im Widerspruch steht. Im Wahlkampf hatte sich ein Gegensatz zwischen den Parteien der Rechten und dem Zentrum einerseits und den Parteien der Linken einschließlich der Nationalliberalen andererseits herausgebildet, der in den Kommissionsverhandlungen noch eine Rolle spielte, bis es zu diesem Kompromiß kam, das den Namen Erzberger-Wassermann trägt und das in seinem Kern darauf hinausläuft, daß nunmehr die nationalliberale Partei in dieser wichtigen Deckungs- und Steuerfrage in den schwarz-blauen Block hinübergewechselt hat, den wir nunmehr einen schwarz-blau-gelben Block nennen müssen.

In seiner Rechtfertigung dieses Abganges ist Herr Wassermann eine Bemerkung entfallen, die recht charakteristisch ist für die Seelenverfassung der nationalliberalen Partei. Ich meine die sämtlichen Seelen dieser Partei, sowohl die Jungliberalen, wie die Altliberalen und die der zwischen beiden sich befindenden sehr schwachen Wasser-mannschen. (Heiterkeit.) Herr Wassermann sagte, der Zentrumsantrag in der Kommission bezwecke nur die Hinausschiebung der Ermäßigung der Zuckersteuer auf 2 1/2 Jahre, und das war uns nicht angenehm, weil dadurch die Belastung des Konsums klar und deutlich in die Erscheinung trat. Also eine klare und deutliche Belastung des Konsums machen Sie nicht mit und wünschen deshalb eine unklare und undeutliche (Widerpruch b. d. Natlib.) eine verklärte Belastung des Konsums. (Erneuter Widerpruch b. d. Natlib.)

Das ist doch der Sinn des Antrages Wassermann-Erzberger. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Er enthält genau die nämliche Belastung des Konsums, wie der anfängliche nackte Zentrumsantrag. Die Ermäßigung der Zuckersteuer ist hinausgeschoben, um die Deckung der Wehrvorlage herbeizuführen, und das Aufhören der neuen Entlastung des Konsums ist nicht an einen bestimmten Termin geknüpft, sondern an das Zustandekommen eines Gesetzes über Besitzsteuer. (Zurufe vom Zentr. und den Natlib.: 6 Monate nachher.) Jawohl, 6 Monate nach dem Erlaß eines Gesetzes, zu dem aber die

gestrichelt, und Sophie nahm bei dem Gait am Tische Platz. Nachdem sie nochmal einen Blick auf ihn geworfen hatte, sagte sie: „Du siehst gut aus, Gottfried! — Ein bißchen“ — Sie hielt lächelnd inne.

„Alte bin ich geworden, meinst? — Was willst du? Ich geh' ins siebenundzwanzigste!“

„An dem Alter hast du noch nicht schwer zu tragen!“ versetzte sie. „Ich hab auch nur gemeint: älter bist ein wenig geworden! — Ich hab zurückgedacht an die Zeit, wo wir miteinander in die Schul gegangen sind und in die Sonntagsschul!“ — Sie schwieg. Dann sagte sie, nicht ohne einen Zug von Raune um ihren Mund: „Du haust noch allweil mit deiner Mutter?“

„Noch allweil“, antwortete Gottfried. „Und gern! — Bist doch du“, fuhr er nach einem etwas schelmischen Blick auf sie fort, „auch noch ledig! Und du kannst hundertmal eher einen Mann kriegen als ich ein passendes Weib!“ — „Eigentlich ist's zum Verwundern, daß du noch keinen hast!“

„Ach“, erwiderte sie heiter, „das hat noch immer Zeit!“

„Am längsten wird's doch gewährt haben!“

Sophie lachte. „Das freilich“, erwiderte sie. Die Magd kam mit dem Maßkrug, Gottfried erquickte sich durch einen köstlichen Trunk, ab von dem trefflichen Weißbrot, das ihm Sophie dazu aufschnitt, und fühlte sich in ihrer Seele behaglich.

Er sah in der Stube umher, die ihm sonderbar schön vorkam. Sie war seit kurzem renoviert. Die Wände frisch geweißt, die Bänke und das Kanzel glänzend mit brauner Ölfarbe bestrichen und der Fußboden neu geölt, so daß der Fegsand darauf zur feinsten Glätte gefegt werden konnte. — Die Fenster mußten erst gestern gewaschen worden sein, so hell waren sie! Auf dem Sims der beiden, die auf die Gasse gingen, standen Blumenstöcke; nicht nur Geranien, sondern auch Nelken und Selbstgeleien. Das alles war so prächtig und doch so heimlich! — Da war seine Stube, die Mutter mochte darin aufräumen, wie sie wollte, doch nur eine alte „Grust-Kammer“ dagegen!

Eben wollte er aussprechen, was er dachte, als ihm Sophie mit einer Rede zuvorkam. Mit ruhigem Lächeln

sagte sie: „Weißt du noch, wie du dem Schustermathes eine Ohrfeig' gegeben hast wegen mir?“

Gottfried schaute sie verärgert an. „Sie hat ihm auch gehört!“ versetzte er. „Er hat dich „Suffel“ geheißen, der unverschämte Kerl! Dein Nam' ist „Suffie“. Suffel ist eine Pelebidigung für dich! — Und er hats noch dazu böse gemeint! Er wollte dich schimpfen! — Ich weiß auch gut, warum!“

Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages gehören. Wenn Reichstag und Reichsregierung sich über die Durchführung eines solchen Gesetzes nicht einigen, so stehen wir genau so, wie heute. (Zuruf: Spätestens 1. Oktober 1918 steht darin. Bis zum 1. Oktober 1918 ist aber die Belastung des Konsums doch ganz zweifellos, wenn eine Einigung über ein Besitzsteuergesetz nicht zustande kommt. (Sehr richtig!) Darin liegt das Zugeständnis, daß Sie die Wehrvorlage mit einer Mehrbelastung des Konsums decken wollen, und die andere Mehrbelastung des Konsums liegt in der Art und Weise, wie die Reform der Branntweinsteuer zustande gebracht ist, nämlich durch eine Mehrbelastung des Trinkbranntweines. Wir treten entschieden gegen den Branntweinkonsum auf und haben sogar einen Schnapsboykott durchgeführt. Es wäre sehr wünschenswert, wenn auch ein Katholikentag sich einmal zu einer solchen Kulturart entschließen möchte, oder die Konservativen und die Herren vom Bund der Landwirte. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es ist aber ein großer Unterschied, ob man durch einen Boykottbeschuß einen moralischen, ethischen Einfluß ausübt, oder ob man den Leuten, die den Branntwein konsumieren, diesen Konsumartikel verteuert. Damit trifft man gerade die finanziell Ärmsten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Gegenwärtig ist Branntwein noch ein Volkerverbrauchsartikel. Im Westen und Süden Deutschlands wird weniger Trinkbranntwein konsumiert als im Osten. Er wird eben dort verbraucht, wo die Bevölkerung auf der niedrigsten Stufe der Lebenshaltung steht, und wenn man gerade diesen Teil des Volkes belastet, so widerspricht das einer gesunden Nationalpolitik, die wir nicht mitmachen. (Zustimmung b. d. Soz.) Die Mehrbelastung des Konsums widerspricht auch den Versprechungen der Nationalliberalen im Wahlkampf. Wären Sie (zu den Natlib.) in Ihren Wahlreden mit diesem Plan hervorgetreten, so säßen hier noch mehr als 110 Sozialdemokraten. (Beifall! Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich beantrage getrennte Abstimmung über den ersten und zweiten Satz des Antrages, da wir den ersten ablehnen, den zweiten aber zur Beschleunigung der Angelegenheit annehmen werden. Der zweite, von den Freilinnigen eingebrachte Kommissionsantrag will eine ganz bestimmte Form der Besitzbesteuerung. Diesem Antrage stimmen wir zu, obgleich die jährliche Festlegung der Höhe der Steuerquoten abgelehnt ist. Wir wünschen, daß, wenn wir neue Steuern bekommen, es auch wirklich Besitzsteuern werden, und aus historischen Gründen wünschen wir eine Erbschaftsteuer. Im Interesse des Budgetrechtes des Reichstages verlangen wir die Festlegung der jährlichen Höhe der Steuerquoten. Die Matrikularbeiträge bilden einen sehr dürftigen Ersatz für die jährliche Steuerquotenfestsetzung. Wir wollen nicht nur die das Volk im übermaß drückenden ungerechten Steuern durch direkte ersetzen, sondern wir wollen auch jede neu einzuführende direkte Steuer quotifizierbar ausgestalten. Wir ziehen die Erbschaftsteuer dem allgemeinen Begriff der Besitzsteuer vor, da wir mit „Besitzsteuern“ gar merkwürdiges schon erlebt haben. Wir haben Ähnliches erlebt, wie die katholische Kirche im Mittelalter, die den Fleischgenuß am Freitag verbietet, aber damit die Gläubigen ihn doch haben konnten, die Fischotter als Fisch definiert — ob das heute noch der Fall ist, weiß ich nicht. (Zuruf aus dem Zentrum: Jawohl! Gr. Heiterkeit.) Das freut mich. (Erneute Heiterkeit.) Wenn Sie alle möglichen Steuern als Besitzsteuern ansprechen, so ist das dasselbe, wie das Ansprechen der Fischotter als Fisch. Wir wissen nicht, ob die neue Besitzsteuer Fleisch oder Fisch ist und die nationalliberale Partei sollte Wert darauf legen, eine Äußerung der Regierung, was sie sich unter einer Besitzsteuer vorstellt, zu erzielen. Da Herr Wassermann das nicht getan hat, so frage ich den Staatssekretär, uns klar und deutlich die Ansicht der verbündeten Regierungen über eine Besitzsteuer darzulegen. (Abg. Frhr. v. Camp: Er muß doch erst den Bundesrat fragen.) Die Frage hat sicher nicht nur die öffentliche Meinung und den Reichstag, sondern auch den Bundesrat beschäftigt und er wird sich über diese wichtige Frage zweifellos Klarheit verschaffen haben, sobald der hier anwesende Staatssekretär Kühn uns wohl eine Erklärung abgeben kann. Wir werden also diesem Antrage zustimmen, aber unter dem Vorbehalt, daß wir uns die Stellungnahme gegenüber der eingebrachten Vorlage vorbehalten. (Beifall b. d. Soz.)

„Sie haben sich zu fünst über mich her“, sagte Gottfried, mit Selbstgefühl nickend; „der Mathes und seine Kameraden! — Aber eine Welle hätt' ich's doch noch ausgehalten!“

„Du Händelsucher!“ entgegnete das Mädchen schallhaft.

„Geh' weiter!“ versetzte er. „Ich mach' kein Wasserleittrüb und laß' mir eh' was gefallen! — Aber einem Mädle kann ich nichts tun lassen! — Und es hat mich doch gekreut, wie wir dann mit den Buben fertig geworden sind, und du hast mir die Hand gegeben und dich bei mir bedankt! — Das hat ihn erst noch am meisten geärgert, den Mathes! Ich seh' ihn noch hergucken — mit Augen wie ein böser Hund, der Schläge gekriegt hat! — Er hat mir's auch nie vergeben können!“

Sophie sah mit einem Ausdruck frohen Sinnes da. „Was das für Sachen sind!“ rief sie dann. „Ich bin damals noch nicht elf Jahr alt gewesen; — und es ist mir grad, als ob's gestern passiert wär! — Was ist denn aus dem Mathes geworden?“

„Er haust in Hertzsfeld droben! — Es will aber nicht viel heißen mit ihm! — Er ist eben allweil noch der hoffärtige Mathes! — Und das geht einem nicht durch, wenn man von den Leuten leben muß!“

(Fortsetzung folgt.)

Spahn (Z.): In der Wahl einer Besitzsteuer muß dem Bundesrat vollkommen freie Hand gelassen werden, er muß auch ermächtigt werden, von einer Reichssteuer abzusehen und die Bundesstaaten zur Erhebung einer Vermögenssteuer aufzufordern. (Beifall rechts und l. Ztr. Gelächter b. d. Soz.)

Graf Westarp (R.): Der Gesetzentwurf betrifft Einführung einer Erbschaftsteuer ist verfehlt, da eine Erbschaftsteuer das mobile Kapital niemals vollständig erfassen kann. Der Besitz kann steuerlich ganz anders, beispielsweise durch Ausbau der Latensteuer, durch eine Gebühr für die Zulassung von Wertpapieren zum Börsenhandel u. herangezogen werden. (Lachen links.) Bei dem Steigen des Spirituspreises wird der Konsum wahrscheinlich zurückgehen, und darunter leidet das ganze Gewerbe, mehr als das bei jedem anderen Gewerbe der Fall ist. Wir legen bei diesem Gesetz große Opfer an Überzeugung und große materielle Opfer auf dem Altar des Vaterlandes nieder. (Sehr richtig! rechts. Gelächter bei den Soz.) Wir haben bereits durch Herrn von Seydewitz erklärt, daß auch wir bereit sind, im Interesse der Wehrmacht das Vermögen der Besessenen heranzuziehen. Wenn wir also dem zweiten Teil des Antrages zustimmen, so wollen wir dadurch unsere prinzipiellen Bedenken nicht aufheben, sondern nur zum Ausdruck bringen, daß wir eine Erbschaftsteuer erneut zu prüfen bereit sind, jedoch unter Schonung der Rechte der Einzelstaaten. (Bravo! b. d. Konf.)

Fischer (Wp.): Man muß bezweifeln, daß eine genügende Deckung für die Wehrevorlage vorhanden ist. Bei der Verwendung der Überschüsse wird wiederum aus der Schuldenentlastung nichts. Dadurch, daß wir gestern für den sozialdemokratischen Antrag auf Festlegung der Brantweinsteuer auf generell 105 Mk. stimmten, haben wir gezeigt, daß wir die Liebesgabe wirklich abschaffen wollten. Wir haben uns die Abschaffung der Liebesgabe bisher immer so gedacht, daß die Steuersumme, die der Konsument an den Brenner zurückzahlt, in die Staatskasse fließt, während jetzt für die Allgemeinheit gar nichts übrig bleibt. (Sehr wahr! links.) Graf Westarp hat ein bewegliches Klagelied darüber angestimmt, daß das mobile Kapital sich der Besteuerung entziehen kann. Es gibt aber kein besseres Kontrollmittel für die Steuerhinterziehung, bei der Einkommensteuer, als gerade die Erbschaftsteuer. Es ist doch ein wunderbares Zusammenreffen, daß dieselben Herren, die so sehr über die Steuerhinterziehungen zornen, dieses Kontrollmittel der Erbschaftsteuer zu Fall zu bringen suchen. (Sehr gut! links.) Eine Quotifizierung können wir nur bei einer Einkommensteuer oder Vermögenssteuer wünschen, nicht aber bei der Erbschaftsteuer. Eine quotifizierte Reichsvermögenssteuer wäre uns sehr erwünscht. (Beifall links.)

Schaffsekretär Kühn: Auf die Anfrage des Abg. Ledebour erwidere ich, daß ich unter einer Besitzsteuer eine Steuer auf das Vermögen, Einkommen und den Nachlaß in ihren verschiedenen Modifikationen, also auch eine Erbschaftsteuer verstehe. Der zweite Antrag, der die Erbschaftsteuer fordert, ist ja bereits in dem ersten enthalten, da dieser allgemein eine Besitzsteuer fordert; zum Teil steht der zweite Antrag auch mit dem ersten in Widerspruch, da er eine bestimmte Steuer fordert, während durch den ersten Antrag der Regierung freie Hand gelassen wird. Wenn Sie die Forderung der Quotifizierung fallen lassen, so gebe ich namens der verbündeten Regierungen die Erklärung ab, daß wir dem ersten Antrage zustimmen und bis zum 30. April 1913 dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorlegen werden, welcher eine allgemeine Besitzsteuer in Vorschlag bringt. (Lebhafte Zustimmung, Beifall links.)

Mumm (Wp.): Man soll doch die Situation nicht durch die Festlegung auf eine bestimmte Besitzsteuer komplizieren.

Freiherr von Camp (Rp.): Für eine Erbschaftsteuer werden wir stimmen, wenn eine Mehrheit dazu vorhanden ist; jetzt wollen wir uns jedenfalls nicht den Weg auch zu einer anderen Art von Besitzsteuer versperren. Aber gegen eine Quotifizierung müssen wir uns auf alle Fälle erklären.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Darauf wird das Gesetz zur Feststellung des Etats angenommen, sowie eine von der Budgetkommission beantragte Resolution, die eine Revision des Vereinszollgesetzes verlangt.

Aber die beiden von der Kommission beantragten Gesetzentwürfe wird in die zweite Lesung eingetretten.

Dr. Südekum (SD.): Der Schaffsekretär Kühn hat sich sehr vorichtig auf die Frage nach einer Besitzsteuer ausgeprochen. Herr Wassermann erklärte in der Kommission, daß darunter nur eine Vermögens- und eine Nachlasssteuer zu verstehen sei, und daran halten wir fest. Wenn Sie jetzt die Ermäßigung der Zuckersteuer aufheben und außerdem die Wehrevorlage zum Teil aus überschüssigen Einnahmen, die ja auch zum größten Teil aus der Belastung des Konsums entstanden sind, so widerspricht das direkt Ihrem bei den Wahlen gegebenen Versprechen, daß die Steuern für die Wehrevorlagen von den Besessenden getragen werden sollen. Auf der Quotifizierung einer kommenden Besitzsteuer müssen wir bestehen, um das Einnahmehemmnisgesetz des Reichstages, das heute nur auf dem Papier steht, zu stärken. (Zustimm. b. d. Soz.)

Kolander-Lücke (Wp.): Wenn uns bis zum 30. April der Entwurf einer Besitzsteuer vorgelegt wird, und wenn der Reichstag im Zustimmung, so tritt die Ermäßigung der Zuckersteuer im Jahre 1914 in Kraft. Da ist doch von keiner Verschleierung die Rede. Daß unter einer Besitzsteuer nur eine Vermögens- oder Erbschaftsteuer zu verstehen ist, hat der Abg. Wassermann in der Kommission klar und deutlich ausgesprochen und meine Fraktion ist darin vollständig einig mit ihm. (Bravo! links.)

Ledebour (SD.): Herr Lücke sagt selbst, wenn der Entwurf zur Zuckersteuer angenommen wird, tritt die Ermäßigung der Zuckersteuer in Kraft. Ja, wenn? Für diese Annahme liegt eine Verpflichtung nicht vor, und so wird die Ermäßigung wahrscheinlich bis 1916 hinausgeschoben. Herr Wassermann hat den Standpunkt seiner Freunde auch damit motiviert, daß der Zentrumsantrag zu klar und deutlich ausspricht, daß die Ermäßigung der Zuckersteuer verschoben werden soll. Es bleibt also schon bei der Verschleierung der Belastung des Konsums durch die Nationalisierung. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Damit schließt die Debatte.

Die Bestimmung über die Hinausschiebung der Aufhebung der Zuckersteuer und die allgemeine Besitzsteuer wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, die Abstimmung, daß der Gesetzentwurf bis zum 30. April 1913 vorzulegen ist, wird gegen die Stimmen der Polen und Estländer angenommen. Die Quotifizierung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Der von der Volkspartei beantragte Artikel über die Einbringung der Erbschaftsteuervorlage und zwar so rechtzeitig, daß sie mit dem 1. April 1913 in Kraft treten kann, wird in namentlicher Abstimmung mit 184 gegen 169 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. (Bravo! bei der Volkspartei. Lachen rechts.)

Bei der Zölle und Steuern behauptet Abg. Arendt (Reichsp.), daß die Ergebnisse der Vermögenssteuer, die nur eine Belastung für die Grundstücksbesitzer bedeute, außerordentlich nützlich gewesen seien.

Schaffsekretär Kühn: Ganz so traurig liegt die Sache wirklich nicht. Im April dieses Jahres hat die Steuer sogar 2 400 000 Mark gebracht. (Pörl, hört! und Beifall.)

v. Schulze-Gaevernich (Wp.) spricht über die Reichsbank, die letzte Instanz unserer Kreditwirtschaft. Die Expansion des deutschen Wirtschaftsbetriebes streift an England heran, aber er ruht auf magerer Grundlage, der Kredit wird zu hoch angespannt. Darin liegt eine große Gefahr und es ist freudig zu begrüßen, daß die Reichsbank im Verein mit den Großbanken das Kreditwesen zu reformieren trachtet.

Graf Westarp (R.) ist mit den Bestrebungen des gegenwärtigen Reichsbankpräsidenten gleichfalls einverstanden.

Dr. Arendt (Rp.) kündigt eine ausgiebige Erörterung unseres Geld- und Kreditwesens für die nächste Tagung an.

Der Hauptetat, der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung und das Etatsgesetz werden angenommen.

Nach Erledigung einiger Rechnungssachen folgen Petitionen. Auf Antrag des Abg. Thiele (SD.) wird die Erörterung des Berichtes über die reichsrechtliche Regelung des Finanzwesens mit Rücksicht auf die Geschäftslage von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Innungsverband deutscher Schneiderinnungen wünscht in einer Petition die Einführung des Befähigungsnachweises in der Massenschneiderei. Die Kommission beantragt Überweisung als Material, die Sozialdemokraten beantragen Übergang zur Tagesordnung.

Albrecht (SD.): Die Petition beruht sich auf eine Statistik des rheinischen Bezirksverbandes der deutschen Schneiderinnungen, wonach im Jahre 1910 die gelerntten Schneider durchschnittlich nur einen, dagegen die nichtgelernten durchschnittlich 12 Gehilfen beschäftigt hätten. Sie erhofft eine Abänderung durch die Einführung des allgemeinen Befähigungsnachweises, der aber würde nicht das geringste nützen. Mit dem Befähigungsnachweis würden Sie dem Kleinhandwerker nicht das nötige Kapital geben, das erforderlich ist, um das Geschäft auf breiterer Grundlage betreiben zu können. Das Publikum ist gewillt, die großen Geschäfte aufzusuchen, weil es dort eine große Auswahl hat. Es geht auch unter keinen Umständen an, ein einzelnes Gewerbe heranzugreifen und dort den Befähigungsnachweis einzuführen. Damit würde man ja nur eine Ausnahme für ein einzelnes Gewerbe schaffen. (Zustimmung bei den Soz.)

Bei der Abstimmung bleibt das Ergebnis zweifelhaft. Bei der Auszählung ergibt sich, daß 156 Abgeordnete mit Ja und 156 mit Nein stimmten. Der Kommissionsantrag ist also mit Stimmengleichheit abgelehnt. (Große Heiterkeit.) Der sozialdemokratische Antrag auf Übergang zur Tagesordnung wird angenommen.

Ein Petition auf Einberufung einer außerparlamentarischen Kommission zur Beratung der Prostitutionsfrage wird der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Drei Eingaben fordern die Beschaffung von Wahlurnen durch das Reich. Die Wahlprüfungskommission beantragt, sie dem Reichskanzler zu überweisen. Die Sozialdemokraten beantragen, den Reichskanzler dabei zu ersuchen, die Einführung einheitlicher und das Wahlgeheimnis sichernder Wahlurnen als bald zu veranlassen.

Dr. Duarck (Wp.): Diese Erklärung der Wahlprüfungskommission begrüße ich. Der Reichstag ist sich also wohl einig darin, bessere Wahlurnenvorschriften zu fordern. Aber an die Reichsregierung möchte ich noch einen ersten Appell richten. Sie hat ähnliche Beschlüsse des Reichstages seit Jahren unbeachtet gelassen im Interesse der Rechten. Gerade für die Landbevölkerung, nicht so sehr für uns Großstädter ist eine Wahlurne von Bedeutung, die das Wahlgeheimnis unbedingt sichert. Der Reichskanzler muß bereits eine ganze Sammlung vortrefflich funktionierender Wahlurnen besitzen, und auch der Reichstag besitzt davon ein Exemplar. Vielleicht könnte man einmal in einer öffentlichen Ausstellung diese Wahlurnen mit den Zigarettenstiften zusammen ausstellen, die in ländlichen Kreisen jetzt als Wahlurnen benutzt werden. Der Reichstag muß gerade jetzt frisch nach den Wahlen rasch an die Arbeit gehen. Im Grunde handelt es sich doch nur darum, daß die moderne Technik endlich auch hier ihren Einzug hält. Kurz vor den Wahlen ist es immer zu spät. Es handelt sich aber hier nur um ein lumpiges Verfassungsverrecht des Staatsbürgers, und da läßt die Regierung auf sich warten. Aber gerade dieses Staatsbürgerrecht muß geschützt werden, und die reiche Auswahl in gut konstruierten Urnen, die der Reichskanzler und wir bereits haben, zeigt, daß der Schutz durch die Technik möglich ist. (Lebh. Zustimmung. b. d. Soz.)

Dr. Neumann-Hofer (Wp.) schließt sich dem sozialdemokratischen Antrage an.

Der Antrag der Kommission und der Zusatzantrag der Sozialdemokraten werden bei nahe einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung eine halbe Stunde später. Petitionen, dritte Beratung der Wehrevorlagen, Wahlprüfungen, dritte Beratung der Novelle zur Brantweinsteuer.

Schluß 4 1/4 Uhr.

68. Sitzung.

Am Bundesratsitz: v. Bethmann-Hollweg, v. Tirpitz, v. Peeringen, Delbrück und Kühn.

Die dritte Lesung der Wehrevorlagen.

Dr. Müller-Meinungen (Wp.) beantragt En-bloc-Abstimmung.

In der Generaldiskussion erklärt

Haase (SD.): Im Namen meiner Parteifreunde habe ich eine kurze Erklärung abgegeben. Unsere Stellung zu den Wehrevorlagen ist bekannt. Wir bedauern nur, daß wir noch nicht stark genug sind, um diese volksfeindlichen Vorlagen zu Fall zu bringen. Mit aller Kraft aber werden wir in die breiten Massen hineingehen und immer mehr und mehr Kreise mit Abscheu gegen dieses wahrnehmbare Verbrechen erfüllen. (Lärm rechts.) Wir zweifeln nicht daran, daß in nicht allzu langer Zeit die große Mehrheit des deutschen Volkes auf unserer Seite stehen und erkennen wird, wo seine wahren Freunde sind. (Lebh. Beifall bei den Soz. Lärm rechts.)

Damit schließt die Diskussion.

Beschlossen wird, die Erhöhung der Mannschaftslöhne am 1. Oktober 1912 eintreten zu lassen.

Die Heeresvermehrung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen, Estländer und des Dänen angenommen. (Laute Bravorufe, besonders rechts. Starkes Zischen bei den Soz.)

Die Flottenvermehrung wird von der gleichen Mehrheit angenommen, nur daß die Welsen mit der Minorität stimmen. (Erneutes Bravo! rechts, das im Zischen der Sozialdemokraten untergeht.)

Wahlprüfungen.

Präsident Kaempf tritt den Vorsitz an den Vizepräsidenten Dove ab.

Die Wahl der Abgg. Vaudert (SD.) und Dr. Lensch (SD.) werden für gültig erklärt, bei den Wahlen der Abgg. Kölsch (Wp.), Kaempf (Wp.) und Ruchhoff (Z.) wird Beweis-erhebung beschloffen.

Eine lange Debatte entlehrt bei der Prüfung der Wahl des konservativen Abgeordneten Pauli (Hagenow-Breves) nützen. Die Kommission beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären.

Dr. Pfeleger (Z.) beantragt die Rückverweisung an die Kommission.

Dr. Neumann-Hofer (Wp.): Die Kommission hat alles bereits sorgfältig geprüft. Was soll sie tun, wenn die Sache noch einmal an sie zurückkommt.

Dr. Pfeleger (Z.) beantragt nunmehr Aussetzung des Beschlusses und Beweis-erhebung.

Stadthagen (SD.): Die Sache ist spruchreif. Bei feiner Wahl ist die Ungültigkeit des Kandidaten urteilt, muß die Ungültigkeit aussprechen. Alles spricht dafür, daß in diesem Wahlkreise der amtliche Apparat mit allem Nachdruck zumungunsten der Liberalen und Sozialdemokraten und zugunsten der Konservativen gearbeitet hat. Der Reichskanzler hat ausdrücklich dazu aufgefordert, die Wahlbezirke nicht zu klein zu machen, damit die Mogelei nicht allzu sehr erleichtert wird. In diesem Wahlkreise aber sind nicht weniger als 78 Bezirke geschaffen worden, in denen die Zahl der Wahlberechtigten nicht über 25 hinausgeht. (Pörl, hört! links.) Die Tendenz ist klar. Das war keine Wahl, die die wirkliche Ansicht der Wähler ermitteln wollte. Nimmt man hinzu, daß auch Zigarettenstiften als Wahlurnen verwendet worden sind, so müßte die Wahl schon aus diesem Grunde für ungültig erklärt werden. Vielleicht würde es sich auch empfehlen, gegen die Wahlvorsteher, die Protokolle gefälscht haben, vorzugehen. Der Liberale, nicht der Sozialdemokrat mußte mit Pauli in Stichwahl kommen, das ergibt die Prüfung des Wahlergebnisses, also ist die einfache Konsequenz die Wahl Paulis für ungültig zu erklären. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Schwärze (Wp.) und Pöppel (SD.) wird die Wahl gegen die Stimmen der Rechten und des Zentrums für ungültig erklärt.

Zur Wahl des Abg. Ruchhoff (Z.) wird Beweis-erhebung beschloffen.

Dasselbe beantragt die Kommission zur Wahl des Abg. von Oppersdorff (b. l. Z.)

Dr. Müller-Meinungen (Wp.) beschwert sich über Wahlagitatorien der Geistlichen bei dieser Wahl und beantragt, die Beweis-erhebung in dieser Richtung auszu-dehnen.

Erzberger (Z.) wendet sich dagegen.

In der Abstimmung, die durch Hammelsprung erfolgt, wird der Antrag Müller-Meinungen mit 180 gegen 156 Stimmen angenommen.

Es folgt die

dritte Beratung der Brantweinsteuervorlage.

Hierzu liegt ein Antrag Brandes vor, aus dem Ertrag des Gesetzes die Herabsetzung der Altersgrenze bei der Altersversicherung und Beihilfen für die Witwen der Veteranen zu ermäßigen.

Wurm (SD.): Mit diesem Gesetz wird die Liebesgabe keineswegs aufgehoben, sondern nur verschleiert. Es ist ein wahres Profitgesetz für die Zentrale. Da wäre uns das Reichsmonopol schon lieber als ein solches Privatmonopol. Wir wollen wenigstens einen Teil des Ertrages für die Veteranen der Arbeit und des Krieges verwenden. Sie aber haben nur aus dem Glend der Altersarmut Profit gezogen. Mögen Sie sich noch so sehr schämen vor diesen Nebenwirkungen stellen, das Volk wird Sie zur Rechenschaft ziehen. Wir stimmen gegen das Gesetz. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Die §§ 1 bis 6 der Vorlage werden unverändert in der Fassung der zweiten Lesung angenommen. Ein Antrag der Sozialdemokraten, den § 7a in der Kommissionsfassung wieder herzustellen, wird abgelehnt. Die übrigen Paragraphen werden angenommen.

Sodann wird das Gesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Fortschrittler und der Estländer angenommen. Die Resolution der Polen wird in Hammelsprung mit 161 gegen 156 Stimmen abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr (Vertagungsantrag bis 26. November. dritte Lesungen, Wahlprüfungen, Resolution zur Wohnungsfrage).

Schluß 7 1/4 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur angekündigten Metallarbeiterausperrung im Mangau. Nachdem die Metallindustriellen Süddeutschlands die Ausperrung von 60 Prozent der Beschäftigten vom 1. Juni ab angekündigt haben, falls in Frankfurt keine Einigung erzielt wird, gibt der Metallarbeiterverband an alle Metallarbeiter, denen durch Fabrikanschlag die Kündigung angedroht ist, die Parole aus, jede Überzeitarbeit zu verweigern.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Die Firma Brüggemann u. Sohn und die Hafnarbeiter.

In den letzten Tagen ist aus dem Dampfer „Helmuth“ für die Firma Brüggemann u. Sohn Holz gelöst worden. Von diesem Holz waren einige Hölzer entzweigelt worden; worauf das zurückzuführen ist, läßt sich heute nicht mehr feststellen. Die Firma B. u. S. aber behauptet, ohne die Spur eines Beweises, daß das Holz von den beim Lösen beschäftigten Schauerleuten beschädigt worden sei, um auf diese Weise Brennholz zu erhalten. Sie erstattete Anzeige und die Folge war, daß bei den in Frage kommenden Schauerleuten von der Kriminalpolizei Erhebungen und teilweise Hausdurchsuchungen vorgenommen wurden, die natürlich ergebnislos verliefen. Die Firma hatte also die Schauerleute im Verdacht der Spitzbüberei. Trotzdem muß ihr bekannt sein, daß ein Entwenden von Holz völlig ausgeschlossen ist, da ja beim Lösen die beidseitigen Zähler der Handelskammer, der Steuermann und Bootsmann des Schiffes, sowie ein Zollbeamter ständig anwesend, die Leute also unter scharfer Kontrolle gestellt sind. Unter diesen Umständen nimmt sich das Vorgehen der Firma recht sonderbar aus; sie erblickt anscheinend in jedem Hafnarbeiter einen Spitzbuben. Das aber lassen sich die Hafnarbeiter nicht gefallen, sie erheben deshalb gegen dieses Vorgehen den schärfsten Protest. Mehrere Hafnarbeiter.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stellingsma. Verleger: Th. Schmarck. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Albed.

Johann Sallieb Fichte. (19. Mai 1762—27. Januar 1814.)

Vor anderthalb Jahrhunderten, am 19. Mai 1762, wurde einer der größten Denker und modernsten Männer geboren, die Deutschland hervorgebracht. Johann Gottlieb Fichte ist bei Gelegenheit seines hundertjährigen Geburtstages zu gedenken. Das deutsche Proletariat darf ihn stolz zu den seinen rechnen, nicht nur als einen Fortsetzer und geistigen Ahnen des heutigen Sozialismus, sondern auch weil er selbst aus proletarischen Kreisen kam. Die ersten Uebersetzungen des Fichteschen harten Ganges hat durchgesehen müssen, nie vor dem Aufsteigen der Philosophie, der auch lange Zeit als Proletarier geistig harte Arbeit leistete. Fichte selbst wählte, hänge das was man für eine Philosophie wähle, hänge das von ab, was man für ein Mensch sei. Von Fichte selbst ist kein Wort im Buch zu finden, worin er sich die metaphysischen Grundbegriffe des Fichteschen Systems lichtvoll auseinandergesetzt findet. Fichte's Gedankensarbeit galt aber vor allem dem Menschen als Gesellschaftsmitglied. Schon ein verhältnismäßig zeitgenössischer und Lebensgefährte des Philosophen in seiner ferneren Zeit hat gesagt: "Fichte will durch seine Philosophie den Geist seines Zeitalters leiten, er kennt dessen schwache Seiten, und darum sagt er ihn von der Seite der Politik."

haben, sondern ganz im Gegenteil die Sklaverei aller und die Freiheit eines einzigen bejahen. In jedem Staate soll politische Freiheit sein, die Fichte definiert als "das Recht, kein Gesetz anzuerkennen, als welches man sich selbst gab." Damit ist allenfalls bloß ein Prinzipium vereinbar, dessen Urheber nach Fichtes Ansicht nur eine vom Gesetz befreite Maschine ist. Wenn er auch ein derartiges ungefähliches Prinzipium für relativ erträglich hält, so ist er doch grundsätzlich schon damals ohne jeden Zweifel Republikaner gewesen, wie er es bis an sein Lebensende blieb. Er sieht es als durchaus berechtigt an, wenn der "unbegünstigtere Bürger" den "begünstigten" Vorgesetzten ihre nupharen Vorrechte nimmt, und es etwa nicht mehr so ehrenvoll für sich findet, "daß eine Handvoll Adliger oder Prinzen auf seine Kosten einen glänzenden Hofstaat bilde." An dieser Stelle ist weiter auch davon die Rede, daß man sich den Druck der Militartaxen erleichtern könne. Die liebevolle Pflege des Militarismus bezeichnet der revolutionäre Philosoph hochwohl als eines der hauptsächlichsten Verdienste der Fürsten und das ist einer dieser Punkte, unterteilt endlich Millionen, und das ist euer Pflichtenpunkt, worauf ihr euch am meisten zu Gute tut, in der Kunst, sich auf einen Winkel rechts und links zu schmeißen, an einandergeheften wie Mauern sich möglichst wieder zu trennen, und in der fürchterlichen Fertigkeit zu mürren: um sie gegen alles zu brauchen, was euren Willen nicht als sein Gesetz anerkennen will."

Im großen Jahre 1798 kamen Fichtes "Vorträge zur Begründung der Urteile des Publikums über die französische Revolution" heraus, die in ihrem allein erschienenen ersten Teil zur Beurteilung der Rechtmäßigkeit der Revolution helfen sollen. Wer von dem etwas schwerfälligen Titel den Schluß ziehen wollte, daß die Schrift selber unbedeutend sein möge, der urteilte vorzeitig. Tatsächlich ist das Buch mit der ganzen Lebendigkeit geschrieben, die Fichte eigen war. Fichtes ist die Form der Beweisführung die allgemeine des Zeitalters der Aufklärung und der Revolution. Auch Fichte geht von den natürlichen Rechten, Vernunftprinzipien, ewigen Wahrheiten, Gesellschaftsvertrag usw. aus, aber das bleibt durchaus nicht etwa in dürftigen Abstraktionen stecken, sondern selbst überall durch die Aufklärung an die Wirklichkeit, von der er denn freilich durchaus kein geschweichtes Bild entwirft. Nirgends verleugnet sich der freihetliche Geist, der Fichte beherrscht. Das Grundthema der Schrift, wie die Frage der Rechtmäßigkeit von Revolutionen zu beurteilen, beurteilt er klipp und klar, daß er das Recht eines Volkes, seine Staatsverfassung zu verändern, als unveräußerliches, unentziehbares Menschenrecht ansieht und es auch für eventuell notwendig hält, gegen die höchste Gewalt in einem Staate das Recht der Selbstverteidigung auszuüben. Es stellt über die französische Revolution urteilt er einmal in einem Aufsatze, wo er von dem notwendigen Fortschritt der Menschheit spricht: "Sie hat vor euren Augen an einem Ende einen Durchbruch begonnen; sie hat unter einem harten Kampfe mit dem gegen sie verstorbenen Verderben, das an ihr selbst und außer ihr keine ganzen Kräfte gegen sie aufbot, etwas geleistet, das doch wenigstens besser ist, als eure despotischen Verfassungen, die auf die Verabwürgung der Menschlichkeit ausgehen." So hat er beständig nicht etwa nur die französischen, sondern die allgemeinen Weltverhältnisse im einzelnen besonders auch die deutschen, im Auge, ohne Bedenken zu tragen, sich in der schärfsten Weise über alles zu äußern, was er als Krebsknoten ansieht, insbesondere über Absolutismus, Feudalismus, Militarismus, Sterilitätismus. Ein gelochter Gegner des Gottesglaubens, der unumkehrbaren Fortschrittlichkeit, schmeißt er die allerunheimlichsten Wahrheiten hinaus, wie etwa die, daß er die Parteien an das sittliche Verderben erinnert, das sich von ihren Thronen aus und um sie her verbreitet, und nach dessen zerstörender Vernichtung man die Stellen berechnen könne, die man noch bis zu ihren Residuen zu reisen habe. Alle Staatsverfassungen sind ihm abänderungsbedürftig, nicht nur die Freiheit als einzigen Endzweck

Weiterhin entwirft Fichte einmal ein erschreckendes Bild von der greulichsten Sabelherrschaft in den Militärmarchen: "Der rothke Halsbarbar glaubt mit der Montur die höhere Überlegenheit über den Ithuben von allen Seiten geschrieen Landmann anzuziehen, welcher nur zu glücklich ist, wenn er seine Meereiten, Beschimpfungen und Befehle mürren tragen kann, ohne noch dazu von ihm vor seinen mürrigen Befehlshaber geschleppet und zerfchlagen zu werden. Der Jungling, der mehr Ahnen, aber nicht mehr Bildung hat, nimmt sein Gegenband als einen Berechtigungsbrief auf den Kaufmann, den würdigen Gelehrten, den verdienten Staatsmann, der ihn vielleicht selbst in der Ahnenprobe beslegen würde, höhnen herabzusehen, ihn zu necken und zu stoßen, oder unsere Junglinge, die sich den Wissenschaften widmen, von ihren einarmigen Unarten durch Kuftritte zu heilen." Die Persönlichkeit des Adels im Fichteschen ist ein Teil der Abelsrechte, der ganzen Summe der Rechte, die von dem Absolutismus ungernehmlich ist. Wie nun die privilegierte Klasse in ganzen von Fichte mitgenommen wird, ließe sich gleichfalls durch eine Menge begehrender Stellen aus den "Vorträgen" belegen, zu deren Mittelung leider der Raum fehlt. Das Fichtesche ist, daß das Recht einer Klasse auf alle höheren Ämter ist, die übrigen Volkstassen zu deren Erlaßen macht, aber so ist er ein Lobtanz von allem Feudalismus, insbesondere auch in der Wirtschaftsverfassung; dem Summe des Zeitgenössischen ist Fichte ergreifende Worte. Alle Klassen ihre Kräfte frei gebrauchen dürfen, alle gleiche Rechte und gleiche Pflichten haben. Allgemeine Gleichheit ist ein von Fichte Grundprinzipien, wonach alles eingerichtet sein mußte. Somit herrscht das "Recht" des Stärkeren. Fichte sagt mit düren Worten, daß man in allen die bisherigen Staaten nur die Einheit treffe, und in allen die verschiedenen Gattungen der fleischlichen Tiere zusammenhalte, daß das Schwächere vom Stärkeren gefressen werde und das noch Schwächere selbst freisse. Da gegen ist Fichtes Standpunkt, daß kein Mensch das Recht habe, durch fremde Kräfte zu leben, keine Kräfte ungebraucht zu lassen. Er ist der Meinung, daß, wer nicht arbeitet, auch nicht essen soll, auch mit begut auf die oberen Schichten. Dieser Grundgedanke ergangt sich durch den anderen, daß jeder Grundbesitzer unzureichende Menschenrecht hat zu leben. Jeder, der arbeitsfähige Mensch, welche die nötige Nahrung, Kleidung, den Wohnung haben, wegen die, welche der Mangel der den Besitzlosen natürlich finden, wendet sich nicht mit den schärfsten Worten: "Solche Leute sind es gewöhnt, sie wissen's nicht besser, legt mit ständiger Stimme der letzte Wollülling, während er seinen blühenden Wein schlürft, aber das ist nicht wahr. In dem Hunger gewöhnt man sich nie, an widerwärtige Nahrungsmittel, an das Ginstanden aller Kräfte und alles

Kleines Feuilleton. Eine astronomische Welt-Zentrale.

Nächst der Witterungskunde ist keine Wissenschaft so sehr auf eine internationale Verständigung ihrer Vertreter angewiesen, wie die Astronomie; es gibt daher jetzt eine größere Anzahl internationaler Vereinigungen, die sich zur Förderung umfassen der astronomischen Forschungen dauernd zusammenschließen. Vor längerer Zeit hat sich die astronomische Forschung schon einen Mittelpunkt geschaffen, in dem sich alle Nachrichten von wichtigen Entdeckungen und einzelnen Beobachtungen sammeln, um möglichst schnell zur Kenntnis der Sachgenossen gebracht zu werden: die Zentralstelle in Kiel. Wenn ein neuer Komet, ein neuer Planet entdeckt oder das Aufsteigen eines neuen Systems beobachtet worden ist, so vollzieht der beteiligte Astronom in seinem eigenen Interesse und in dem der Wissenschaft zuerst die Pflicht, nach Kiel ein Telegramm zu senden, worin er das Ereignis mitteilt und von dort wird die Nachricht dann sofort an alle Sternwarten weitergegeben. Als diese Einrichtung im Jahre 1882 zuerst getroffen wurde, bestanden in Kiel bereits die astronomischen Nachrichten, die als die bedeutendste Fach-Zeitschrift galten. Es wurde nur vereinbart, daß die Leitung dieser Zeitschrift als "Zentralstelle für astronomische Telegramme" dienen sollte. Bei dieser Abmachung waren sämtliche europäischen Sternwarten nebst der von Kaiserin im russischen Zentralfürst in Cambridge in besonderer Beziehung zu sechs Sternwarten in anderen Gebieten, die gewissermaßen als Hilfsstellen tätig sind, und, indem sie ihrerseits wiederum Beobachtungen aus den umgebenden Gebieten einsammelten. Diese Sternwarten sind: für Nordamerika die der Harvard-Universität in Cambridge bei Boston, die in Rio de Janeiro für Südamerika, die Sternwarte für Ostafrika, die Sternwarte in Madras für Indien, die in Hongkong für Ostasien und die von Melbourne für Australien. Die astronomischen Beobachtungen sind, entsprechend der Verteilung der Sternwarten und der menschlichen Kultur überhaupt, der Zahl nach in den verschiedenen Erdteilen sehr verschieden. Die Sternwarte in Cambridge hat nächst der Zentralstelle in Kiel mit dem Gesamtsumme von Beobachtungen am meisten zu tun. Sie besitzt einen besonderen Telegraphen- und Kabeldienst. Privat-Astronomen, denen die Telegramme zu teuer sind, erhalten auch Benachrichtigungen mit der Post. Für weniger dringende Meldungen wird diese Beförderung auch noch viel ausgenutzt. Um überhaupt die Kosten zu vermindern, die sich sonst bei den oft weiten Entfernungen recht hoch stellen würden, haben die Astronomen für die Zentralstelle eine besondere Geheimschrift, die eine große Fülle von Angaben in wenigen Worten und Zahlen auszudrücken gestattet. So machte z. B. der Leiter der Pariser Sternwarte feierlich der Zentralstelle die Mitteilung von der Entdeckung des bekannten Kometen Borrelly durch folgendes Telegramm: "Comet Borrelly 28095 Juli 12500 Schwefel 04050 07809 74229 86016 95712 98511 Kern kleiner Schmelz Köpfe." In diesen Zahlen sind alle Angaben über die Stellung und Bewegung des neuen Kometen, über die Zeit seiner Beobachtung und über die Art seiner Erscheinung enthalten. Damit Fernrüber in den Büchern des Telegramms erkannt werden können, wird am Schluß außerdem die Summe der fünfstelligen Zahlen mitgeteilt. Wenn diese nicht stimmt, verlangt die Zentralstelle eine Wiederholung des Telegramms.

Aus den Wikiblätern. Befehle Anpreisung. Herr Gum jungen Mann, der die Kocher verehrt: "Meine Kocher malt, lang, Spiel Klavier und hat sogar einige Novellen geschrieben." — "Es ist mir sehr angenehm, daß sie Ihre Geschier nicht veräußern!" (Aus "Weggenborfer Blätter") "Mißverständnisse. Die geht es in deiner Ehe nicht gut?" — "Ach, du glaubst gar nicht, wie wir manchmal rängen!" — "Auf Fingern läßt sich meine Niste nicht ein, die mir nicht gleich direkt was an den Kopf!" "Beim Kennen." Warum hat der Baron seinen Gaul denn "Dummheit" genannt? — "Weil er immer reich ist." "Mißgünstige Aufkündigung." Erlauben Sie, aber Sie kommen mir so bekannt vor! — "Meinetwegen, aber dabei bleib's!" Verantwortlicher Redakteur: Johannes Schulz. Verleger: F. H. Schöner in Gubbe.

zuerst den Wohnungen, viele aber unter den denkbar besten Verhältnissen wohnen und sich lassen. Von den 788 gezählten Familien hatten 64 nur ein einziges, 492 nur zwei, 211 drei, 27 vier und 4 hatten fünf Zimmer. Nur ein Zimmer bewohnten u. a. 22 Familien von 8, 10 Familien von 4 und 4 Familien von 6—6 Personen, wozu in allen (auch den folgenden) Fällen noch das Nebengebäude hinzukommt. Eine Zweifamilienwohnung hatten u. a. 48 Familien von 5 Köpfen, 24 Familien von 6, 11 Familien von 7, 4 Familien von 8 und 4 Familien von 9 Köpfen. Eine Dreifamilienwohnung hatten u. a. 19 Familien von 7, 14 von 8, 5 von 9, 5 von 10 und eine Familie von 11 Köpfen. Noch viel grauenvoller wird das Bild, wenn man die Zahl der den Familien zur Verfügung stehenden Betten betrachtet. Da waren u. a. vorhanden: ein einziges Bett für 69 Familien von drei Köpfen, für 16 Familien von vier Köpfen und je sieben und acht Köpfen. Insgesamt hatten 321 Familien nur ein einziges Bett. Zwei Betten hatten 16 Familien von 4 Köpfen, 8 Familien von fünf Köpfen, eine von acht Köpfen. Drei Betten hatten u. a. 16 Familien von sieben, 9 Familien von acht, 5 Familien von neun und eine Familie von zehn Köpfen. Vier Betten hatten 5 Familien von neun, 5 von zehn und eine von elf Köpfen. Wie gesagt, kommt in allen Fällen noch das Nebengebäude hinzu. Aber auch ohne dies konnten in sechs und sieben 194 Fällen auf ein Bett mehr als zwei Personen, darunter in 116 Fällen drei und mehr bis zu acht Personen!

Zumeist ist in den "Wohnungen" der Besitzlosen gar kein Platz für die erforderlichen Betten. Man stelle sich die Luft vor, die in diesen überfüllten Räumen herrschen muß. Kein Wunder, wenn da jährlich Getranke der Lungentuberkulose zum Opfer fallen und wenn der fünfte Teil aller Geborenen bereits wieder im ersten Lebensjahr stirbt. Weder ein gesundes noch ein sittliches Geschlecht kann aus jenen Wohnhöhlen hervorgehen. Man nennt uns "Mittelklasse", das Wort ist ein Scherzmittel für alle, die eine Gesellschaftsordnung mit solchen Einrichtungen durch eine vernünftige gemäße ersetzen wollen.

Geh deine Bahn. Geh deine Bahn und laß die Leute schwätzen. — Die Bahn ist lang — die Leute schwätzen viel! — Mag Unvernunft von Ort zu Ort dich heßen — Geh deine Bahn! Denk an dein hohes Ziel! — Der mancher Lieb dich hart und schwer verleßen, — Der schornungslos in deine Seele fiel — Wirf ab von dir, was deine Seele umwittert! — Geh deine Bahn, aufrecht und unerlöstert! — Geh deine Bahn, ob sich die Leute mit tanzend Krallen Der blinde Haß an deine Ferse hängt. — Ob die Besetzung dich gelobt'n von allen, — Bis an den Rand des tiefsten Abgrunds drängt. — Geh deine Bahn! Du kannst, du darfst nicht fallen, — Ob's deine Seele auch zusammenbrängt. — Kopf in die Höhe! Mit keinem Lied gestittert! — Geh deine Bahn, aufrecht und unerlöstert! — Geh deine Bahn! Laß die Phylister schwätzen, — Laß dies nicht möglich, das nicht tunlich sei, — Mit ihrer fetten Kammerkeiser. — Geh deine Bahn und folge den Geflehen, — Vor deren Sieg die Welt wird schon und frei. — Vor deren Macht das Schlafmohr zerplittert — Geh deine Bahn, aufrecht und unerlöstert. — Geh deine Bahn! Sie muß zum Siege führen, — Schon reicht die Nacht, der Himmel läßt sich rot, — Schon hört man morgenstlich die Trommeln rühren, — Der unterdrückten Massen Aufgebot. — Schon bröhen Schlage an der Zukunft Türen, — Das Sturmgeheul des Volkes um sein Brot. — Das Schloß springt ab, ob's noch so stark vergittert! — Geh deine Bahn! Aufrecht und unerlöstert! — Hermann Greulich

